Nummer 29 Berlin, 18. Juli 1931 Auflage 975000 49. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750–6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Siedlung und Arbeitslosigkeit

Im Februar dieses Jahres (Nr. 4 der MZ) haben wir an dieser Stelle die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich und ratsam sei, die Siedlungstätigkeit, für die der Staat jedes Jahr eine Anzahl Millionen ausgibt, in einem wenn auch bescheidenem Maße für die Linderung der Arbeitslosigkeit nutzbar zu machen. Damals hoffte man noch allgemein auf eine Besserung der Zustände, wenn erst der Sommer ins Land käme. Heute wissen wir, daß die Hoffnung getrogen hat. Am 15. Juni wurden noch 4 Millionen Arbeitslose gezählt gegen 1 900 000 im Juni vorigen Jahres. Für den kommenden Winter werden mindestens 6 Millionen Arbeitslose erwartet. Damit hat man sich bereits sozusagen abgefunden. Sogar amtliche Verlautbarungen sprechen davon wie von einer schicksalsbestimmten Tatsache, an der nun einmal nichts zu ändern sei. Nun sind aber inzwischen ein paar Notverordnungen ergangen und in Kraft getreten, die die Lage noch stark verschlimmern. Die Unterstützung der Arbeitslosen ist erheblich gekürzt, für viele ganz aufgehoben. Wenn wir also im Februar vermuteten, daß etwa ein Drittel der damals Arbeitslosen ohne jede Unterstützung seien, was rund 1 700 000 Personen ausmachte, so ist deren Zahl für den kommenden Winter bedeutend zu erhöhen. Es dürften dann mindestens 3 Millionen von der Arbeitslosenversicherung vollkommen im Stich gelassene Erwerbslose sein, mit Angehörigen 9 bis 10 Millionen Personen, denen der Staat gar keine Ansprüche mehr zubilligt.

Inzwischen ist jenes Sonderheft des Instituts für Konjunkturforschung über die Kapitalbildung in Deutschland erschienen, dessen allgemeinen Inhalt wir schon einmal erörtert haben. Es enthält auch wichtige Angaben über die Siedlung, aus denen sich auf die uns hier beschäftigende Frage einige Schlüsse ziehen lassen.

Die sogenannte „Anliegersiedlung" kommt für die Unterbringung von Arbeitslosen offenbar überhaupt nicht in Betracht. Denn sie besteht darin, daß solche Leute, die schon ein Stückchen Land besitzen, aus öffentlichen Mitteln noch ein Stück dazu bekommen, groß genug, damit das Ganze für eine „Ackernahrung" ausreicht. Solche Arbeitslose dürfte es wohl höchstens unter den Landarbeitern geben, und auch da nicht allzu viele. Wir haben ja auch schon im Februar mitgeteilt, daß in zehn Jahren nicht mehr als 58 000 Siedler auf solche Art mit Land ausgestattet worden sind, ein wahres Nichts neben den Millionen Arbeitslosen. Sie sind in der jetzt vorliegenden Statistik weggelassen, weil sie, nach Ansicht des Instituts, keine Kapitalanlage erfordern. Ganz so billig sind sie ja doch wohl nicht, denn es muß doch eben das Land für sie gekauft werden. Aber da sie, wie gesagt, für Arbeitslose nicht in Frage kommen, brauchen wir uns hier nicht mit ihnen zu befassen.

Dasselbe gilt auf der anderen Seite für die großen und größten Siedlerstellen, die schon kleine Bauernwirtschaften ausmachen. Gibt es doch Siedlungen nicht nur über 10, sondern sogar über 20 ha, während eine Besitzung über 20 ha schon als mittleres Bauerngut gilt. Selbstverständlich kann ein Arbeitsloser, auch wenn er die Landarbeit versteht und sie zu bewältigen fähig ist — andere Arbeitslose können auf diese Weise überhaupt nicht versorgt werden —, nicht ein Gut von 10 bis 20 oder noch mehr Hektar übernehmen. Ganz abgesehen davon, daß der Siedler etwa ein Viertel der Kosten selbst zuschießen muß. Je größer die Siedlung, desto größer der Kostenbeitrag. Wo sollte ein Arbeitsloser den hernehmen?

Die Frage, wie groß eine Siedlerstelle sein muß, wenn sie den Arbeitslosen helfen soll, regelt sich nach folgenden Gesichtspunkten. 5000 qm (= ½ ha) gelten als das Mindestmaß dessen, was eine Arbeiterfamilie haben muß, um bei schwerer Überarbeitung sämtlicher Familienmitglieder nur eben gerade den Nahrungsbedarf zu decken. Da nun der Arbeitslose kein anderes Einkommen weiter hat, wird er doppelt so viel Land haben müssen, um mit der Familie davon leben zu können. Ebenfalls nur bei schwerer Überarbeitung, und wenn er die Produkte, die er nicht selbst verbraucht, verkaufen kann. Demnach kommen überhaupt nur die Siedlungen von 1 bis 2 ha in Betracht. Ist es mehr, so sind zur Bestellung schon wieder Hilfskräfte nötig, Knechte und Mägde, die der Arbeitslose nicht bezahlen kann. Ist es weniger, so reicht der Ertrag für den Lebensunterhalt nicht aus. Von dem, was das Deutsche Reich 1924 bis 1928 an Siedlungswerk geschaffen hat, müssen wir also für unsere Frage — Hilfe gegen Arbeitslosigkeit — alle Stellen unter 1 ha und über 2 ha streichen. Und dann bleibt, wie man sieht, wenig übrig. Selbst unter den 2420 Stellen der zweiten Größe befinden sich noch diejenigen von ½ bis 1 ha, die zu klein sind, und es wird offenbar, daß das Siedlungswerk bisher einem ganz anderen Zweck gedient hat, als der Versorgung von Arbeitslosen. Dieser Zweck, das muß leider gesagt werden, war offenbar Lohndrückerei. Leute, denen man weniger als 1 ha Land gibt — und das waren rund ein Drittel aller Siedler in jenen fünf Jahren, sowie dazu noch rund 23 000 Anliegersiedler —, können davon nur leben, wenn sie sich außerdem gegen billigen Lohn auf dem Großgut oder in der Fabrik anbieten. War also schon die Gesamtzahl der Siedler von 14 100 sehr klein, so die der Stellen von 1 bis 2 ha, die allein für Arbeitslose in Betracht kommen, geradezu ein Nichts. Kaum mehr als 1000 bis 1200 dürften es gewesen sein in den fünf Jahren.

Wieviel Geld diese Siedlungen von 1 bis 2 ha gekostet haben, läßt sich aus der Statistik schlechterdings nicht ersehen. Einmal weil sie mit denen von ½ bis 1 ha zusammengeworfen sind, sodann weil in dieser ganzen Untersuchung die Kosten des Wohnungsbaus und der Viehbeschaffung fehlen. (Sie sind an anderer Stelle der Untersuchung einbegriffen, und es läßt sich nicht ausscheiden, wieviel davon auf die Siedlung entfällt.) Insgesamt sollen die 14 100 Siedlerstellen etwa 650 Mill. M erfordert haben. Davon haben die Siedler selbst ein Viertel aufgebracht, aus öffentlichen Mitteln wären also rund 485 Millionen zugeschossen worden. Nach anderwärts in derselben Statistik enthaltenen Unterlagen zu schließen, entfällt davon auf die Größenklasse ½ bis 2 ha ungefähr der 18. Teil; das wären 27 Mill. M. Nehmen wir nun an, daß die kleinsten, ½ bis 1 ha, davon nur 7 Millionen abbekommen haben, so bleiben für die Stellen, die allenfalls den Arbeitslosen etwas helfen können, ganze 20 Mill. M übrig in fünf Jahren. Niemand wird uns einreden wollen, daß das Deutsche Reich selbst in seiner jetzigen schwer bedrängten Lage nicht imstande sei, mehr als sage und schreibe 4 Mill. M jährlich für einen so brennenden und dringenden Zweck herzugeben.

Sowjetaufträge als Lohnquetschmittel

In der „Roten Fahne" vom 7. Juli steht balkendick: Sowjetaufträge geben Arbeit und Brot. Unter dieser Überschrift wird angeführt, daß in den letzten Wochen neue Sowjetaufträge für rund 250 Millionen Mark an deutsche Firmen erteilt worden seien, und zwar an Maschinen für 70 bis 80 Millionen, an Elektroprodukte für 60 bis 70 Millionen, an Walzwerkfabrikaten für 40 bis 46 Millionen Mark usw. Daran wird von der „Roten Fahne" die Bemerkung geknüpft: „Die Kapitalisten fühlen, daß gerade in den Riesenaufträgen sich das überlegene Beispiel der sozialistischen Planwirtschaft (Rußlands) demonstriert — als Ermutigung für die Werktätigen Deutschlands, den Weg der russischen Arbeiter zu beschreiten."

Wir begrüßen selbstverständlich, daß Rußland Aufträge an die deutsche Industrie vergibt. Ob aber daraus eine „Ermutigung für die Werktätigen Deutschlands, den Weg der russischen Arbeiter zu beschreiten" sprießt, ist noch sehr die Frage. Denn die russischen Aufträge haben für die deutschen Arbeiter einen verdammt bitteren Beigeschmack. Die Preise der Russen sind, so wird uns immer und immer wieder versichert, dermaßen gedrückt, daß sie nur ausgeführt werden könnten, wenn die Arbeiter sich zu namhaften Lohnkürzungen bereit fänden.

Bei fast jedem russischen Auftrag hebt in dem davon betroffenen deutschen Werk ein ekliges Feilschen um Lohnkürzungen an. Den Vertretern der Belegschaft wird es da wegen der furchtbaren Arbeitslosigkeit schwer, auf die Quetscherei gebührend zu antworten. Das scheinen die Sowjetbehörden wohl zu wissen, daher setzen sie die Preise auf Dumpingtiefe an. Und das wissen natürlich auch die deutschen Unternehmer, daher setzen sie die Lohnangebote an ihre Arbeiter noch um ein Beträchtliches weiter herunter, als es der Dumpingpreis rechtfertigt. Die russischen Aufträge werden also dazu benutzt, die Lohntüte von zwei Seiten zu leeren: einmal durch den Preisdruck der Russen, das andere Mal durch die Profitgier des deutschen Unternehmers, der den gedrückten Preis der Russen noch für eine besondere Lohnkürzung mißbraucht. Welcher von den beiden Seiten der Hauptteil dieser Ausbeutung zuzuschreiben ist, können die Arbeiter natürlich nicht bestimmt feststellen, aber das eine wissen sie bestimmt, daß die russischen Aufträge zu einer verschärften Lohnquetscherei benutzt werden.

Zur Erhärtung des Gesagten sei nur ein Beispiel von vielen angeführt. Vor mehreren Wochen bekam eine badische Fabrik einen russischen Auftrag von 220 Wagen. Die Firma fragte die Belegschaft, ob sie mit einer Lohnkürzung von 12 vH für die Ausführung dieses Russenauftrages einverstanden sei. Als der Metallarbeiterverband davon erfuhr, hat er sich scharf gegen das Ansinnen der Firma gewandt, schon deswegen, weil es ein Unrecht ist, denjenigen Leuten, die Wagen für die Russen herstellen, weniger zu bezahlen, als den, die dieselben Wagen für andere Auftraggeber fabrizieren. Der Widerstand des DMV wurde von der Möglichkeit verstärkt, daß die Firma die für die russischen Wagen verlangten (geringeren) Lohnsätze über kurz und lang allgemein durchführt.

Auf den Widerstand des DMV griff die Firma zu den so oft schon geübten Trick: Sie stellte der Belegschaft ein Ultimatum: Ohne die Lohnherabsetzung von 12 vH geht uns der russische Auftrag verloren. Wenn wir aber den Auftrag bekommen, werden 200 bis 300 Leute neueingestellt!

Damit hat die Firma die Belegschaft in eine schwere Zwangslage getrieben. Was sollte sie nun tun? Nach den einfachsten gewerkschaftlichen Grundsätzen mußte die Forderung der Firma abgelehnt werden; die ungeheure Zahl erwerbsloser Kollegen und deren himmelschreiende Not aber ließen es geraten erscheinen, die Sache zu überlegen. Das Ende von diesem Liede läßt sich leicht vorstellen: Die Russen bekommen überbillige Wagen auf Kosten der deutschen Proletarier, und der deutsche Unternehmer macht sich auf ihre Kosten noch einen Sonderprofit dadurch, daß er den russischen Dumpingpreis zugunsten seiner Geldtasche gegen die Arbeiter skrupellos ausspielt.

Die von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit oder von Hunger gehetzten Arbeiter werden noch lange an diesen Vorgang denken. Sie werden noch auf Jahre hinaus sich dieses russischen Auftrages erinnern — von dem an eine neue Lohnkürzung, eine schärfere Ausbeutung datiert. Daß diese Erinnerung geeignet wäre, die Begeisterung deutscher Arbeiter für — um mit der „Roten Fahne" zu sprechen — „das überlegene Beispiel der sozialistischen Planwirtschaft (Rußlands)" zu entfachen, kann füglich bezweifelt werden. Vielmehr werden sie die russischen Aufträge als das schildern, was sie für sie waren, als ein neues Mittel der Lohnquetscherei.

Unsere Verbandstätigkeit in Markzahlen

Der Hauptkassenbericht des DMV für das Krisenjahr 1930

Für die meisten Menschen sind lange Zahlenreihen keine anziehende Sache. Das trifft auch auf die Mehrzahl der Gewerkschaftler zu. Wäre es anders, sie vertieften sich mehr in die Abrechnungen ihrer Organisation. Daraus würden für sie gewichtige Vorteile sprießen. Zum ersten unterblieben manche üble Zweifel und Mißhelligkeiten, zum andern könnten die Versuche der Gegner, Zwietracht in den gewerkschaftlichen Reihen zu säen, im Keime erstickt werden. Das wäre sicherlich ein hoher Gewinn für die Organisation, das heißt für die organisierten Arbeiter. Denn durch das Studium der Rechnungsberichte lernen die Mitglieder, was mit ihren Beiträgen geschieht. Und aus der Art wie der Höhe der Unterstützungsposten können die Mitglieder ermessen, wie es ihnen ergehen würde, wenn sie nicht ihre Kräfte und Geldmittel vereint hätten für den Lohnkampf und für die wirtschaftlichen Regentage. Das gilt schon für normale Zeiten, noch mehr aber für eine Zeit, die von einer Wirtschaftskrise sondergleichen mit einer beispiellosen Arbeitslosigkeit ihr Gepräge erhält. In einer solch außergewöhnlich schlimmen Zeit merkt man erst die ganze Größe des Wertes einer gewerkschaftlichen Organisation und die volle Bedeutung ihrer finanziellen Kraft.

Der Steigerung der finanziellen Kraft hat im Deutschen Metallarbeiter-Verband immer alle Aufmerksamkeit gegolten. Dies hat als Voraussetzung die Opferbereitschaft der Mitglieder und eine äußerst sparsame Verwendung der Einnahmen. An beiden hat es im DMV glücklicherweise nie gefehlt, besonders nicht an äußerster Sparsamkeit. Die dummen Behauptungen der Feinde, im DMV werde mit den Mitgliedsbeiträgen arg gewirtschaftet, entspringen entweder völliger Ahnungslosigkeit oder, was wahrscheinlicher ist, einer schmierigen Gesinnung. Jedenfalls sind diese Behauptungen vollendete Albernheit.

Die Mitgliedschaft des DMV hat in dieser schweren Zeit mehr als eine andre Wind und Wetter im Gesicht; nicht nur hat sie es mit der brutalsten Sippe der Unternehmerschaft zu tun, sondern ist auch von der Arbeitslosigkeit sehr schwer heimgesucht. Dessenungeachtet hat sich der DMV finanziell in einer Weise zu halten vermocht, die Freund wie Feind in Staunen setzt. Hätte der DMV nicht die Beiträge seiner Mitglieder wie ein guter Hausvater betreut, es hätten in den letzten schweren Jahren nicht die ungeheuren Summen an Erwerbslosenunterstützung gezahlt und die unzähligen Lohnkämpfe geführt werden können.

Was der DMV im letzten Jahre geleistet hat, davon gibt die folgende Abrechnung seiner Haupt- und Lokalkassen ein treffliches Bild. Von der Gesamteinnahme der Hauptkasse, die ohne den Kassenbestand vom letzten Jahre sich auf 56,6 Mill. M beläuft, sind weit über 40 Mill. M in die Mitgliedschaft zurückgeflossen an

Richtigstellung

In der letzten Nummer der „MZ" (28) ist in dem Aufsatz „Die Notverordnung verbessern" ein bedauerlicher Irrtum enthalten. Dort wird im 4. Absatz angeführt: „b) Absatz 3 wird gestrichen" und daran die Folgerung geknüpft, die Streichung betrüfe den 3. Absatz des § 90 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, wo von der Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung die Rede ist. Das ist ein Irrtum. Die Streichung betrifft nicht den Absatz 3, sondern die Ziffer 3. Daher sind die im 5. Absatz unseres Artikels gemachten Bemerkungen hinfällig. Es gilt folgedessen auch nach der neuen Notverordnung noch als ein berechtigter Grund, die Annahme einer Arbeit abzulehnen, die durch Ausstand oder Aussperrung freigeworden ist, ohne daß dadurch der Unterstützungsanspruch verloren geht. — Dies zur Beachtung, weil nur in einem Teil der Nr. 28 der Irrtum gleich berichtigt werden konnte.

Unterstützungen. An Erwerbslosenunterstützung allein 35,7 Mill. M und für Streiks 3,3 Mill. M. Doch stellen die 40 Millionen noch nicht die ganze soziale Unterstützung für die Mitglieder dar. In den Abrechnungen der Lokalkassen finden sich noch namhafte Beträge für ähnliche Unterstützungen. Hierbei müssen auch die Summen genannt werden, die für die Bildung der Mitglieder ausgegeben wurden.

Das gleiche läßt sich von den Verwaltungsausgaben sagen. Die sachlichen wie auch die persönlichen Verwaltungsausgaben sind ja im Grunde nichts anderes als die Kosten der Beratung und des Beistandes der Mitglieder in einer Unmenge von Not- und sonstigen Fällen. Aus der Beratung und dem Beistand durch die Verwaltung oder ihre Angestellten in Notlagen und Lohnstreitigkeiten quillt der Mitgliedschaft ein gewaltiger Vorteil. Damit dieser Vorteil noch größer wird, hat es sich der DMV stets angelegen sein lassen, einen gutgeschulten Stand von Angestellten heranzuziehen. Infolgedessen sind natürlich auch die Ausgaben für die Schulung der Mitglieder und Funktionäre durch Schulen, Schriften, Vorträge und durch seine Presse eine ebenso nützliche wie notwendige Geldanlage, die sich überdies gut verzinst und der Mitgliedschaft auf diese oder jene Weise zugute kommt.

Zu was die Einleitung zur Jahresabrechnung noch länger machen? Jedes Mitglied kann und sollte durch Studium der Abrechnung selbst herausfinden, was der Verband im Jahre 1930 finanziell geleistet hat. Und bei der Bewertung der Zahlenposten sollte versucht werden, auszurechnen, wieviel Leiden und Sorgen mit den Summen gemildert worden sind — dank der Stärke und finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes.

*

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Jahre 1930

Einnahmen:	RM	RM
Kassenbestand vom 31. Dezember 1929		13 869,38
A. An Beitrittsgelder und Beiträge		6 110 486,59
B. Sonstige Einnahmen		
An Abhebung von den Banken	14 152 651,20	
An zurückbezahltem Krankengeld	813,85	
An Ersatzbücher	5 077,50	
An Betriebsräte-Zeitschriften	67 173,60	
An zurückbezahlten Darlehen	580 287,96	
An Kapitalzinsen u. sonst. Einnahmen	2 395 847,78	17 201 851,89
		23 326 207,86

Ausgaben:	RM	RM
Agitation	616 597,55	
Informationsreisen und Konferenzbesuche	19 388,95	
Metallarbeiter-Zeitung	1 143 542,44	
Metallarbeiter-Jugend	47 420,70	
Betriebsräte-Zeitschriften	76 365,85	
Bildungskurse	228 830,45	
Beiratssitzungen	26 049,25	
Konferenzen u. zentr. Verhandlungen	94 113,38	
Generalversammlung in Berlin	121 996,73	
Beiträge an den ADGB Berlin	406 006,60	
Aufrechterhaltung intern. Beziehung	48 540,70	
Kranken- u. Angestelltenvers.-Beitr.	41 815,40	
Pensionskasse	145 425,52	
Darlehen an Schlicke & Co., Berlin	3 595 887,26	
Verbandsgeschichte	2 500	
Kontokorrent-Konto	8 358 107,92	
Zuschüsse an Verwaltungsstellen	7 491 993,20	
Revisionen in den Verwaltungsstellen	7 493,03	
Umzugsunkosten nach Berlin	207 824,45	
		22 679 899,38
Verwaltungskosten:		
A. Persönliche:	RM	RM
Gehalte an Vorstand	64 848,—	
Gehalte an Angestellte	243 805,96	
Sitzungsgelder	3 221,35	
Für den Verbandsausschuß	3 900,—	315 775,31
B. Sächliche:		
Druckarbeiten	159 310,60	
Bibliothek	14 929,26	
Büromiete und Reinigung	63 537,05	
Zeitungsabonnements	3 801,60	
Pack- und Schreibmaterial	11 226,69	
Fracht, Portis, Telephon	32 575,80	
Prozeß- und Anwaltskosten	8 382,58	
Sonstige Ausgaben	26 622,86	320 386,44
Kassenbestand am 31. Dezember 1930		10 146,73
		23 326 207,86

Rechnungsabschluß für das Jahr 1930

Einnahmen:	RM	RM
Kassenbestand v. 31. Dezember 1929		701 884,19
Beitrittsgelder und Beiträge	39 039 309,44	
Zurückbezahlte Darlehen	580 287,96	
Kapitalzinsen und sonst. Einnahmen	17 003 980,35	56 623 577,75
		57 325 461,94

Ausgaben:	RM	RM
Agitation	627 700,44	
Informationsreisen und Konferenzbesuche	19 388,95	
Metallarbeiter-Zeitung	1 143 542,44	
Metallarbeiter-Jugend	47 420,70	
Betriebsräte-Zeitschriften	76 365,85	
Reisegelder	101 121,90	
Umzugsunterstützung	52 282,96	
Erwerbslosenunterstützung:		
a) Krankheit	6 818 797,80	
b) sonstige Ursachen	28 913 669,90	
Streikunterstützung	3 315 800,90	
Maßregelungsunterstützung	212 972,10	
Unterstützung in Notfällen	186 459,95	
Unterstützung für Invalide	166 261,45	
Sterbegeld	414 072,20	
Rechtsschutz	87 221,82	
Aufrechterhaltung intern. Beziehung	48 540,70	
Darlehen	3 595 887,26	
Beiratssitzungen	26 049,25	
Konferenzen u. zentr. Verhandlungen	94 113,38	
Verbandstag in Berlin	121 996,73	
Beiträge an den ADGB	406 006,60	
Bildungskurse	228 830,45	
Beiträge für Pensionskasse	145 425,52	
Beitr. f. Kranken- u. Angestelltenvers.	222 966,40	
Revisionen in den Verwaltungsstellen	7 493,03	
Übersiedlung nach Berlin	207 824,45	
Verbandsgeschichte	2 500.—	
Kontokorrent-Konto	8 358 107,92	
		55 648 821,05
Verwaltungskosten:	RM	RM
a) persönliche	315 775,31	
b) sachliche	293 763,58	609 538,89
Sonstige Ausgaben		132 937,50
Kassenbestand am 31. Dezember 1930:		
a) Hauptkasse	10 146,73	
b) Lokalkasse	924 017,77	934 164,50
		57 325 461,94

Berlin, 19. Juni 1931.

Kassierer: Ernst Schäfer, C. Schott.

Geprüft und für richtig befunden:
Weißig. F. Sigel, H. Schmitt.

*

Rechnungsabschluß der Lokalkassen für das Jahr 1930

Einnahmen:	RM
Kassenbestand vom 31. Dezember 1929	10 246 266,68
Lokale Zuschläge	14 845 895,57
Sonstige Einnahmen	1 173 532,71
Von der Hauptkasse überwiesen	110 724,17
	26 376 419,13

Ausgaben:	RM
Gehälter der Geschäftsführer u. Aushilfsarbeiter	3 820 422,09
Entschädigung an die Ortsverwaltung	395 928,33
Für Beitragssammler und Zeitungskolporteure	3 080 198,41
„ Porto, Schreibmaterial, Drucksachen	483 559,02
„ Büroeinrichtung, Miete, Heizung, Licht usw.	1 038 102,51
„ Bibliotheks- und Bildungszwecke	525 764,96
„ Agitation, Flugblätter, Inserate	1 511 030,93
„ durchreisende Kollegen	116 360,08
„ kranke Mitglieder	117 759,10
„ arbeitslose Mitglieder	2 079 983,91
„ Streiks- und Lohnbewegungen	523 329,28
„ Verhandlungen	158 290,23
„ Maßregelungen	23 651,34
„ besondere Notfälle	630 576,63
„ Sterbefälle	205 783,38
„ Ortsausschuß des ADGB, Arbeitersekretariat	1 328 961,19
„ soziale Beiträge	446 218,16
„ sonstige Ausgaben	31 767,27
Der Hauptkasse überwiesen	356 796,70
	16 874 483,52
Kassenbestand am 31. Dezember 1930	9 501 935,61
	26 376 419,13

Kurswechsel in Moskau

Verbrenne, was du angebetet hast!

Ein amerikanischer Journalist schreibt in einem Buche über Rußland, das merkwürdigste an diesem kommunistischen Lande sei, daß es nicht kommunistisch sei. Eine frische Bekräftigung dieser Behauptung wird durch die Rede des russischen Staatschefs Stalin erbracht, die er vor ein paar Tagen vor Sowjetwirtschaftern gehalten hat. Beim Lesen der Rede reibt man sich die Augen und fragt sich, ob denn Stalin noch — bolschewistischen Sinnes ist. Das kommunistische Oberhaupt erklärt nämlich, man müsse verbrennen, was man bisher angebetet habe. Und dann kommen einige Dinge oder Grundsätze, die er verbrannt wissen will.

Das erste des zu Verbrennenden ist die Lohngleichheit. Sie zählte bisher zum eisernen Bestand des bolschewistischen Wesens. Als Begründung für die Abschaffung der Lohngleichheit wurde angeführt, die Begeisterung für eine Sache allein genüge nicht; wenn man höhere Leistungen wolle, müsse dem Streben nach höherem Einkommen Rechnung getragen, außerdem das Anrücken in besserbezahlte Stellungen ermöglicht werden. Darum fordert Stalin die Einführung differenzierter Löhne für gelernte und angelernte Leute, für leichte und schwere Arbeit. Das müßten prinzipienfeste Kommunisten eigentlich als die Züchtung einer Arbeiteraristokratie ansehen und sich dagegen wenden. Sie werden das aber wahrscheinlich nicht tun, [illegible]

Im weiteren verlangt Stalin die Senkung der Selbstkosten. Den deutschen Arbeitern wird dieses Verlangen ebenso bekannt wie verdächtig vorkommen, weil sie von ihren Unternehmern genugsam wissen, daß Senkung der Selbstkosten einer Senkung der Löhne gleichkommt. Es soll uns nicht wundern, wenn deutsche Unternehmer bald Stalin zum Zeugen für die Notwendigkeit der „Senkung der Selbstkosten" anrufen. Aber Stalin macht noch eine andere bemerkenswerte Schwenkung. Er sagt, man dürfe nicht mehr jeden Spezialisten als Verbrecher oder Saboteur ansehen, sondern müsse ihn mit Aufmerksamkeit und Sorgfalt heranholen. In den russischen Betrieben soll hinfort nur der leitende Direktor oder dessen Stellvertreter die Kommandogewalt haben. Damit wird der kollegialen Leitung der Betriebe durch Vertrauensleute der Kommunistischen Partei ein Ende bereitet. Das stärkste an Stalins Rede war der Vorstoß gegen die Fünftagewoche. Sie habe vielerorts dazu geführt, daß jegliches Verantwortungsgefühl für die übertragenen Arbeiten und für die Instandhaltung der Fabrikanlagen, Maschinen und Werkzeuge geschwunden sei. Deshalb würde erwogen, wieder die sechstägige Arbeitswoche mit einem freien Ruhetag für die gesamte Belegschaft einzuführen.

Wie man sieht, verbrennt der russische Diktator tatsächlich vieles von dem, was bisher von ihm und seinen Leuten angebetet wurde. Es werden jetzt Dinge und Gedanken preisgegeben, wegen denen Hunderte von Menschen als Verbrecher gebrandmarkt, von der Tscheka verfolgt und gerichtet wurden. Sie sind, das ist die logische Konsequenz des Stalinschen Kurswechsels, unschuldigerweise verleumdet, gehetzt und vernichtet worden. Eine solche Art des wirtschaftlichen Aufbaues kann Sozialisten wahrhaftig nicht reizen. Sie dürfen nicht Experimente am lebendigen Fleische der Arbeiterschaft machen, wenn durch ihr Tun der Name sozialistisch nicht geschändet werden soll.

Der Unorganisierte vor Gericht

Die Erfolge der Arbeiterbewegung beruhen auf der organisierten Solidarität und zugleich auf der gemeinsamen Klassenerkenntnis. Theoretisch betrachtet sind die Möglichkeiten des Fortschrittes um so größer, je geschlossener die Arbeiterklasse ist. Es ist daher menschlich verständlich, daß der Unorganisierte nicht gerade beliebt ist. Ist es schon unverständlich, daß er die Vorteile genießt, die seine organisierten Brüder in gemeinsamer Schlacht errungen haben, mit anderen Worten, daß er Früchte im Garten seines Nachbarn erntet, so grenzt es geradezu an Irrsinn, wenn er in Zeiten der Lohnkrise über gesunkene Löhne schimpft und die Organisation verantwortlich macht. Solche verantwortungslosen Zeitgenossen stehen nicht etwa immer im Lager der sogenannten RGO, sondern sehr oft mitten im Bürgertum, mit dem sie vielleicht den Stehkragen gemeinsam haben.

Vor Gericht gibt es mitunter drastische Zwischenfälle. Es gibt ja auch Richter mit Lebenskenntnis und Erfahrung, die für die Einzelarbeit der Arbeiterorganisationen Verständnis haben. Wenn ein unorganisierter Arbeiter so einen Richter trifft, so wird er — wenn er noch einen Funken von Ehre im Leibe hat — als anständiger Mensch seine Tariflohnklage zurückziehen, wenn er sich nicht sagen lassen will, daß sein Anspruch zwar juristisch begründet ist, daß er sich aber schämen müsse, den von der Gewerkschaft erkämpften Lohn zu fordern und zugleich für seine Person die Mitgliedschaft abzulehnen.

Noch schlimmer ist es, wenn sogenannte Oppositionelle nicht bloß den von der Gewerkschaft erkämpften Urlaub verlangen, sondern außerdem im Streitfalle versuchen, schnell der Organisation im letzten Augenblick beizutreten und womöglich noch den Verbandsangestellten um Vertretung zu bitten. Man wird zugeben, daß solche Leute den Spott nicht noch weiter treiben können. Es hat wohl schon mancher Prozeßvertreter derartige Erfahrungen machen müssen. Besonders häufig kommt das bei der Spruchkammer des Oberversicherungsamtes vor. Im letzten Augenblick, wenn es um die Rente geht, wird dann der freigewerkschaftliche Prozeßvertreter um Hilfe ersucht. Natürlich geht das nicht; denn selbstverständlich erfordert jeder Rechtsstreit eine gründliche Vorbereitung. Aber abgesehen davon erfordert es die gewerkschaftliche Disziplin und der Anstand, daß derartige Begehren abzulehnen sind. Wer sein ganzes Leben den Weg zur Organisation nicht gefunden hat, den braucht die Organisation auch nicht mehr zur Glorifizierung des gewerkschaftlichen Kampfes.

Strafen nach der Arbeitsordnung

Nach dem Betriebsrätegesetz sind die Strafen durch den Unternehmer gemeinsam mit dem Arbeiterrat festzusetzen. Die Einzelstrafe wird daher nicht mehr diktiert, sondern bedarf der Zustimmung des Arbeiterrates. In der Praxis hat der Unternehmer in jedem einzelnen Falle dem Arbeiterrat von seiner Absicht, einem Arbeiter eine Strafe aufzuerlegen, Mitteilung zu machen und um Zustimmung zu ersuchen. Zweckmäßigerweise wird er hierbei den Sachverhalt, der zur Festsetzung einer Strafe Anlaß geben soll, dem Arbeiterrat bekanntgeben. Dieser wird seinerseits dem betroffenen Arbeiter, falls dieser noch nicht unterrichtet sein sollte, eine Aufforderung zugehen lassen, sich dazu eingehend zu äußern. Bekanntlich ist eenes Mannes Rede keenes Mannes Rede, man muß sie hören alle beedel. Durch Aufklärung wird der Tatbestand zu klären sein, und der Arbeiterrat hat nunmehr zu entscheiden, ob er die erforderliche Zustimmung erteilen will oder nicht. Verweigert er die Zustimmung, so bleibt dem Unternehmer weiter nichts übrig, als beim Arbeitsgericht Klage zu erheben. Tut er das nicht, so ist eine Bestrafung des Arbeiters einfach nicht möglich.

Übrigens müssen Höhe und Art der Strafe in der Arbeitsordnung vorgesehen sein. „Die Arbeitsordnung muß Bestimmungen enthalten, wofern Strafen vorgesehen werden, über die Art und Höhe derselben, über die Art ihrer Festsetzung und, wenn sie in Geld bestehen, über deren Einziehung und über den Zweck, für welchen sie verwendet werden sollen." Strafbestimmungen, die das Ehrgefühl oder die guten Sitten verletzen, dürfen in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden. Geldstrafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen; jedoch können Tätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten sowie gegen die Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes belegt werden.

Alle Strafgelder müssen zum Besten der Arbeiter des Betriebes verwendet werden. Hat der Unternehmer beim Arbeiterrat Antrag auf Zustimmung zur Bestrafung gestellt, so genügt es nicht, daß der Vorsitzende der Betriebsvertretung zustimmt; es ist vielmehr ein Beschluß des Arbeiterrates erforderlich. Es ist auch nicht anzunehmen, daß im Interesse einer einfacheren Handhabung in der Praxis es genügen würde, wenn der Arbeiterrat seinen Vorsitzenden allgemein bevollmächtigt. Vielmehr ist der Arbeiterrat als Körperschaft zuständig.

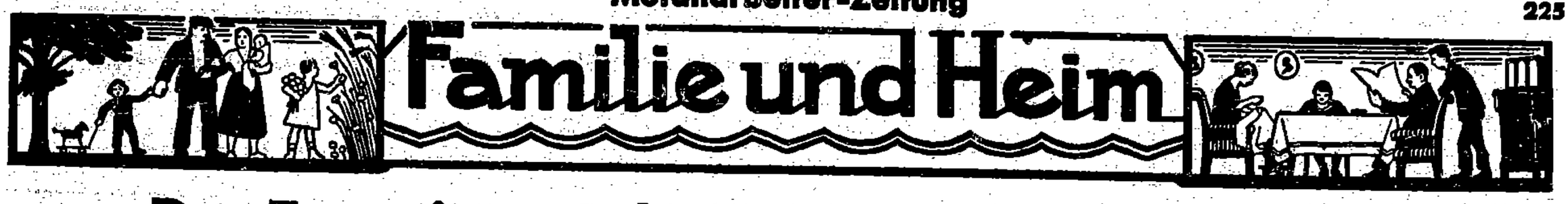
Stand der Arbeitslosigkeit

In der zweiten Hälfte des Monats Juni verringerte sich die Erwerbslosigkeit in Deutschland um 38 000 Personen. Insgesamt war im Juni ein Rückgang von 91 000 zu verzeichnen. Es waren noch 3 962 000 Arbeitslose Ende Juni vorhanden. Die Arbeitslosenversicherung verzeichnete in der zweiten Junihälfte einen Rückgang von 62 000 auf 1 414 000 und die Krisenfürsorge einen Zuwachs um 6000 auf 940 000. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug am letzten Stichtage, Ende Mai, 1 004 000. Von Mitte Februar bis Ende Juni erfuhr der Arbeitsmarkt eine Entlastung von 1 030 000, während im Vorjahre, allerdings bei einer wesentlich geringeren Winterarbeitslosigkeit, ein Rückgang in derselben Zeit von 725 000 zu verzeichnen war.

Im einzelnen ist zu melden, daß die Landwirtschaft ihren Bedarf im großen und ganzen bis auf jugendliche Arbeitskräfte gedeckt hat. Im Ruhrbergbau hat die Abbauwelle einen gewissen Stillstand erreicht. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie kann infolge der Russenaufträge und der zusätzlichen Bestellungen der Reichsbahn eine leichte Belebung melden. Die Bautätigkeit hat sich etwas besser gehalten als erwartet werden konnte. Das gleiche trifft auf die Baustoffindustrien zu. Etwas günstiger war die Entwicklung in den Berufen der Metallverarbeitung und des Holz- und Schnitzstoffgewerbes. Die Spinnstoffindustrie bildete nach wie vor eine wichtige Stütze des Arbeitsmarktes. Im Bekleidungsgewerbe kann allerdings die Saison als beendet angesehen werden.

Über das Auf und Nieder der Arbeitslosigkeit gibt folgende Zahlentafel Auskunft:

	Arbeitslose insgesamt	in der Versicherung	in der Krisenfürsorge
Januar 1931	4 887 000	2 554 000	811 000
Februar	4 972 000	2 589 000	908 000
März	4 744 000	2 317 000	924 000
April	4 358 000	1 887 000	902 000
Mai	4 053 000	1 578 000	929 000
15. Juni	4 000 000	1 476 000	933 000
30. Juni	3 962 000	1 414 000	940 000



Der Tag einer Arbeiterin

Mit dem Glockenschlag vier erwachte Lena Meier, die kleine Meier, wie man sie kurzweg nannte. Sie hatte keinen Wecker nötig. Ihr Körper war auf den Zeitpunkt des Erwachens eingestellt wie ein Automat. Rasch eilte sie aus dem Bett auf nackten Füßen dem Wandbrett zu, nahm Streichhölzer — das Licht flammte, abgedunkelt durch einen Streifen Papier, gegen zwei kleine Kinderbetten. Und nun stand sie einige Minuten versunken in den Anblick der schlafenden Kinder. Ein leises Lächeln stahl sich um ihre schmalen Lippen. Der Wind pfiff und johlte, der Regen klatschte an das Fenster — und die Mutterfreude um die schmalen Frauenlippen erlosch, dafür grub sich ein Zug der Sorge und Bitterkeit ein. Ein Blick auf die Uhr trieb sie zur Eile. Ihre Hand nestelte das Nachtgewand auf. Nun rasch gewaschen, gekämmt, in die Kleider geschlüpft, Wasser aufgestellt zum Tee, das Bett gemacht, den fertigen Tee in eine Thermosflasche abgefüllt, ein paar Stück Brote dazugepackt, den Rest Tee getrunken — so, sie selbst war fertig.

Nun auf dem Gasherd Milch bereitgestellt für den siebenjährigen Hans, dazu auf den Tisch zwei Margarinebrote und für die Schule noch zwei Brote eingewickelt und den täglichen Zettel geschrieben und daneben gelegt:

„Guten Morgen, Hansele! Eß schön, paß auf, daß mit dem Gas nichts passiert und geb auf dem Schulweg recht acht. Dein Mutterle."

So, und nun die Kleider und Schulsachen für den kleinen Mann schön zurechtgelegt, den Wecker auf sieben Uhr gestellt, und ganz nahe an sein Bettchen gerückt, damit er zur rechten Zeit erwache. Nun war auch Hansel versorgt.

Jetzt kam Heini, der kleine Heini dran. Wieder horchte die Frau besorgt in den regenrauschenden, dunklen Morgen hinaus. Die Uhr schlug dreiviertel auf fünf. Sie durfte nicht mehr zaudern. Schnell etwas Milch warm gemacht, in die Flasche gefüllt, nebenan den Schwamm in das ebenfalls warmgewordene Waschwasser getaucht — und nun das schlaftrunkene Körperchen behutsam aus dem Bettchen genommen, rasch in das zum Weinen verzogene Mündchen die nahrungsspendende Flasche gegeben. Wie die Lippen sich formten zum behaglichen Saugen! Wie das Gesichtchen sich friedlich glättete!

Nun öffneten sich die Augen des kleinen Geschöpfchens und sahen die Mutter strahlend an — und sie drückte einen Augenblick das warme Körperchen in aufquellender Liebe an sich. Doch nun schnell das Gesichtchen, die Gliederchen mit dem Schwamm abgewaschen, in die bereitgelegten Kleider gehüllt, in eine große Decke gewickelt, ein alter Regenmantel darüber, Hansel noch geschwind mal über die Haare geschmeichelt, Mantel, Mütze auf, die Tasche mit Brot und der Thermosflasche genommen, das unförmige Bündel mit dem kleinen Heini auf den Arm — Licht aus — und nun hinaus in Regen und Sturm.

Sie hatte zur nächsten Kinderkrippe nahezu eine halbe Stunde zu gehen. Jeden Schritt mußte sie sich erkämpfen — hatte nur den einen Gedanken, den kleinen Heini nach Möglichkeit gegen Sturm und Regen zu schützen. In der Krippe wurden Säuglinge und Kleinkinder von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr behütet. Ausnahmsweise hatte man ihr erlaubt, Heini bereits um halb 6 Uhr abzugeben, weil sie bereits um 6 Uhr bei der Arbeit sein mußte.

Sie war bei der Krippe angekommen. Den kleinen Heini nochmals fest an sich gedrückt, geklingelt, der Schwester das Kind abgegeben — und nun geeilt, was sie konnte, der Fabrik zu. Ein paar Schritte vor dem Ziel heulte die Sirene — schloß sich das große Fabriktor. Ein Zittern befiel sie. Eine Minute zu spät — sie wird wieder eine Rüge bekommen. Es durfte nicht mehr vorkommen, gelobte sie sich, Gott, wenn sie die Arbeit verlieren würde! Stand dann Stunde um Stunde am laufenden Band, die Augen schmerzten, ihre Finger hasteten — wenn nur Hansel nichts mit dem Gas passiert, wenn er nur nicht überfahren wird — unermüdlich über das laufende Band — 383 Pakete den Tag. Die Nieren, der Rücken begann zu schmerzen. Nur nicht nachlassen — wenn nur Heini durch das Wetter heute morgen nicht krank wird! Da — beinahe wäre ihr ein Paketchen wieder aufgegangen. Nur nicht nachlassen — alle drei Minuten zwei Pakete. Nur nicht nachlassen — die Arbeit, wenn sie die verliert! Endlich heulte die Sirene Erlösung.

Nach Hause. Nur schnell das Zimmer gesäubert, gekocht, Hansi vom Hort, Heini von der Krippe abgeholt, den Kindern Essen geben, sie waschen und schlafen legen. Dann ihre Kleidchen ausgebessert, Wäsche gewaschen, geflickt, gebügelt — und dann ist es Nacht. Die kleine Lena Meier sitzt an den Bettchen ihrer schlafenden Kinder und schöpft in ihren Anblick versunken neue Kraft und Mut für den kommenden Tag — den Tag einer Mutter — einer Arbeiterin. A. Schütte.

Anglerlatein

Das Jägerlatein wird von dem Anglerlatein übertroffen, und schon Maupassant, der diesem Sport seine Studien gewidmet hat, behauptete, niemand könne besser aufschneiden als ein Angler. Die gleiche Beobachtung macht man, wenn man die Erinnerungen des englischen Sportsmanns Major Harding Cox liest, der behauptet, die „größten Lügen" von Anglern gehört zu haben.

So erzählt er von zwei Engländern, die über ihre erstaunlichen Fischzüge plauderten, als ein Amerikaner hinzukam.

„Sie scheinen ja viel beim Fischen erlebt zu haben," begann dieser, „aber ich kann Ihnen ein Abenteuer erzählen, das Sie doch in Erstaunen setzen wird. Ich fischte mit meinem Freund Joe K. Slosh da unten im Südosten bei Blue Point. Wir benutzten als Angelleine eine schwere eiserne Kette und einen Anker von zwei Tonnen als Haken. Als wir die Kette 150 Faden heruntergelassen hatten, biß etwas an. Die Kette wurde sofort ganz heruntergerissen und um ein Haar wäre unser Schiff mit in die Tiefe gezogen worden, wenn wir nicht Kette und Anker preisgegeben hätten. Ich möchte nur wissen, was für ein vorsintflutliches Ungeheuer da angebissen hatte."

„Gewiß war es ein Walfisch", meinte einer der Engländer.

„Nein, das glaube ich nicht", sagte der Yankee nachdenklich. „Wir hatten nämlich einen Walfisch als Köder."

Ein brauchbares Modell

Zu dem berühmten Tierplastiker Gaul kam eines Tages ein Mann und fragte den Künstler: „Sind Sie derjenige, welcher die Viecher modelliert?"

„Ja", sagte Gaul, „ich bin derjenige, welcher. Soll ich Sie vielleicht modellieren?"

Die Lokalbahn

Der Zug hielt schon wieder einmal. Verzweifelt schrie ein Reisender: „Warum hält denn die verdammte Bummelbahn schon wieder."

„Wir nehmen Wasser", erwiderte der Schaffner.

„Dann nehmen Sie doch einen größeren Löffel!"

•

Richter zum Angeklagten: „Sie sind angeklagt, weil Sie den Kläger verhauen haben. Gab er Ihnen denn eine Veranlassung dazu?"

Angeklagter: „Jawohl Herr Richter; er hat meinem Sohn eine Rechenaufgabe aufgegeben."

Richter: „An sich ist das doch keine Veranlassung gewesen, den Mann durchzuhauen. Wie hieß denn die Aufgabe?"

Angeklagter: „$2^3/_4$ Hühner legen in $5^6/_7$ Tagen $11^7/_8$ Eier. Wieviel Eier legen $3^5/_8$ Hühner in $11^{13}/_{16}$ Tagen?"

Richter: „Den Mann hätte ich auch verhauen."

Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH", Berlin 1931

XV.

So geht es Wochen hindurch. Aus dem Herbst wird Winter. Einmal schon hat es nachtsüber geschneit. Einen Morgen lang war der Schnee auf den Straßen, einen Tag lang auf den Dächern liegen geblieben. Der Schnee, den Marie so liebt und der Marie so glücklich macht. Dann war er binnen Stunden wässerig, grau, schmutzig und schließlich schwarz geworden. Wie der Asphalt und die geteerten Dächer, die Marie haßt.

Marie hat heute ihren Ausgehtag. Sie will sich — könnte das anders sein? — mit Fritz treffen. Wie immer, wenn sie auch nur eine Freistunde hat. Sie wollen tanzen gehen. Etwas Neues erleben.

Sie hat schon am Nachmittag ihre beste Kleidung herausgelegt. Marie freut sich.

Lange und gründlich wäscht sie sich. Peinlich auf Kleinstes achtend zieht sie sich an und besieht sich genaustens prüfend in dem winzigen Spiegel. Das ist schwierig. Sie muß den Spiegel wenden und drehen, bald hoch und bald tief halten. Sie streicht über die Frisur, zieht hier eine Locke hervor und ordnet sie anders, streicht dort eine spröde Strähne zurück und versteckt sie. Marie ist, wenn auch nicht ganz, so doch sehr zufrieden.

Jetzt noch die Lacktasche. Ein letztes Überglätten der Haare. Vorsichtig den Hut aufgesetzt. Ein abschließender kritischer Blick zum Spiegel. Marie zögert.

Da ist ein Gedanke, ein unglaublicher Gedanke. Heimlich sieht sie auf die Tasche, schließt plötzlich verlegen die Tür ab, steht da vor dem Spiegel. Hält zögernd die Tasche vor sich.

Ein hastiger Entschluß. Jäh wird die Tasche geöffnet. Da ist die Hülse. Und das Büchschen. Marie steht noch halb widerstrebend, halb schon von der Idee befangen. Man kann es ja versuchen. Gut. Sie nimmt den roten Stift, drückt ihn vorsichtig links und rechts auf die Backe. Scheußlich. Sie nimmt ein Tuch, will die ekelhaften Flecken fortwischen. Seltsam — das ist schön. Ein zartes, verlockend belebendes Rot flammt auf dem Braun ihrer Backen, ganz wenig, doch spürbar. Marie ist verlegen und muß laut auflachen. Da ist die Puderdose. Maries Kopf ruckt trotzig herum. Warum nicht? Sie nimmt die kleine Puderquaste, streicht damit über das Rot, über die Backen, über das Kinn, über die Stirn. Steht verblüfft. Sieht sich unfaßbar im Spiegel an: Wer bin ich? Bin ich das? Ist das Marie? — Sie sieht seltsam aus und verwandelt, und ist doch dieselbe. Marie kann ihr sonderbares Gefühl nicht bestimmen. Hat sie Angst vor sich? Fühlt sie sich hingezogen zu sich? „Wer bist du nur, Marie?"

Sie sieht fort von dem Spiegelbild. Greift hastig nach dem Waschtuch und geht zur Waschschüssel. In der Wohnung schlägt das Glockenwerk der Standuhr. Schon so spät! Jetzt wird er schon unten warten. Nein, das geht nicht. Sich wieder waschen, anziehen und das alles. Dauert zu lange.

Marie steht unschlüssig. Sieht wieder in den Spiegel. Lächelt sich zu. Warum nicht! „Hab ich mich zu schämen? Vor mir?" Das Gesicht im Spiegel ist schön, ist seltsam schön. Und lächelt Marie zu. „Nein!" Marie wirft den Kopf in den Nacken. Schnell den Mantel. Die Tür aufgeschlossen. Marie geht.

Unten an der Ecke wartet schon Fritz. Umkreist in ungeduldigem Trott die Plakatsäule, bleibt manchmal für einige Sekunden stehen, liest irgendein belangloses Wort da, das er liest und das ihm nichts sagt. Marie sieht es, bleibt stehen, huscht in einen Hauseingang, sieht ihm weiter zu und muß plötzlich auflachen. Sie ruft hinüber, zuckt zurück in das Dunkel, schiebt wieder den Kopf vor, betrachtet belustigt Fritz, wie er achselzuckend dasteht und sich verwundert umsieht. Sie ruft wieder. Jetzt hat er sie gesehen, lacht auf und springt herbei, fängt die Fliehende und küßt sie. Ungeniert, daß Marie sich schämt.

Fritz steht ganz still. In sonderbaren Gedanken. Seine Augenbrauen rücken zusammen, seine Nasenflügel spielen und schnuppern. Was ist das? Diesen Duft kennt er doch. Natürlich: Puderparfüm. Einen Schritt zurück. Er sieht Marie an. Sieht und ist maßlos verblüfft, plötzlich verlegen. Marie hat den Grund erkannt.

Sie flammt über und über auf und weiß nicht, wie sie sich rechtfertigen soll, ob sie sich schämen muß. Da jählings wieder das — den Kopf in den Nacken, ein selbstbewußtes, trotziges Auflachen. Fritz erwacht davon, kommt wieder zu sich.

„Alle Achtung!" Und dann leiser, etwas abgehackt, suchend: „Schön bist du, Marie! Schön bist du." Marie lacht auf. Gespielte Abwehr. Greift seinen Arm. „Komm!"

Sie schlendern die Potsdamer Straße hinunter. Da ist noch Leben: Passanten, Automobile, Wagen, Radler, Straßenbahn, Krach und über allem das grell schreiende Bunt der Lichtreklamen. Es wird schwer, den Fahrdamm zu überqueren. Wie es schwer ist, an den Läden vorbei zu gehen, ohne stehen zu bleiben. Marie kommt ja so selten in die Stadt.

Einige Straßen weiter ist das Tanzlokal. Fritz löst die Eintrittskarten, sie geben ihre Mäntel ab und nun — Riesenräume, Riesenfülle, Lachen, Musik, kichernde Schreie, Radau, Geigen, Paukenschlag. Marie steht verwirrt. Das ist Neues. Sie muß sich erst zurechtfinden, muß sich erst daran gewöhnen. So sehr überrumpelt es.

In der riesigen Halle — Fritz erzählt, daß sie einmal früher eine Markthalle gewesen war — tausende Menschen. Tanzend, trinkend, sich unterhaltend, sich amüsierend, lachend, sich suchend, gefunden. Ein verwirrender Anblick! Zwei große Musikkapellen, zwei kleinere Streichorchester, die lösen sich ab. So ist ständig Musik, kaum eine Minute ohne Musik, ohne Tanz.

In der Mitte ein fast straßenbreiter Gang. Voll von Pärchen, die in Stimmung sind und dort spazieren, voll von Einzelgängern, die sich suchen oder den Pärchen nachjagen, dem Mann das Mädchen, der Frau den Mann ablocken. Links und rechts Tische, alle besetzt, alle gesucht. Marie spaziert mit Fritz langsam und neugierig vorwärts. Sie spürt Blicke, die auffordern, sieht verstohlen zwinkernde Augen. Merkwürdig ihr selbst, sie muß darüber lachen. Wie Fritz, dem sie ihre Beobachtung erzählt. Der zeigt ihr nun die beiden riesigen Tanzparkette, links und rechts je eine Tanzfläche. Marie ist sprachlos. Wie ein in rasende Bewegung versetzter Bienenschwarm drängt es sich da, sich stoßend und schiebend. Die Blasmusik wird lärmender, die Posaunen taktieren mit hellem Schmettern, die Pauken unterstreichen mit dumpfen Schlägen. Fieber packt die Tänzer. Lachen, Schreie, Zurufe: Schneller! Die Takte überschrillen, überhämmern sich, die Parkette rasen. Wirbelnder Taumel, über dem, von Bogenlampen grell durchstochen, graublau die Rauchwolke tausender Zigaretten und Zigarren schwankt und zittert. Die Luft ist schwer und seltsam beklemmend; herbsüßlich duftendes Parfüm liegt in der Luft und mischt sich mit dem feuchten Dunst heißer, kreisender Leiber, mit Kaffee- und Speisengeruch und dem Alkohol, der aus tausenden Gläsern verdunstet. Marie steht noch immer da, sieht zu, hört, wie die Kapelle oben, selber angesteckt, immer hitziger wird und das Gläserklirren und Füßescharren übertönt.

Da fühlt Marie sich jählings gepackt. Von Fritz, der sie mit sich reißt, auf das Parkett, mitten hinein unter die Stoßenden, Drängenden, Fiebernden, Lachenden, Schreienden. Fritz wirbelt Marie herum, daß ihr Atem stockt und sie Fritz nicht begreift. Bis sie das vergißt und mit geschlossenen Augen sich willig ihm überläßt, alles vergessen hat und hemmungslos schon aufreizt: „Fritz! Fritz! Weiter! Schneller! Schön!"

Ein Posaunenstoß, ein Paukenschlag — zu Ende. Die Rasenden klatschen wie besessen, mit ihnen Marie und Fritz. Aber die Musikkapellen sind unerbittlich. Oben leuchtet ein Schild. „Pause!" Langsam beruhigt man sich. Lacht. Kichert. Flüstert. Dazwischen: Gläserklirren, Füßescharren, Rufe nach dem Kellner, Bestellungen, Johlen Betrunkener, Pfiffe, Verkäuferinnen, Zank, Beschwerden, Flüstern, Küsse, Umarmungen, Abwehr, Komödie. Inmitten all diesem Marie, heiß und schwer atmend. Marie, die dem Rätsel ihrer Tanzekstase nachspürt und es nicht ergründet. Marie, die jetzt trotzig den Kopf schüttelt und Fritz zulacht.

Endlich finden sie einen Tisch, der eben frei wurde. Fritz bestellt Wein.

Fritz lacht, wie er immer lacht. Dieses Lachen, gegen das Marie nicht an kann. So läßt sie ihm den Willen. Sie trinken und lachen. Sie tanzen. Fast ohne Pausen. Zwischendurch ein Schluck Wein, einmal ein Glas süßen, brennenden Likör, ab und zu ein Bissen Kuchen. Und wieder tanzen, tanzen!

Marie fragt nicht mehr: „Wer bin ich nur?" Sie hat sich mit sich versöhnt, und keine Hemmung ist mehr in ihr. Sie trinkt Fritz zu: „Wie schön ist das, Fritz! Du und ich! Und das Leben!" Fritz stößt sein Glas an das ihre. Der Klang ist wieder gut. Sie trinkt Fritz zu. Sie brauchen nicht zu flüstern, sie haben nichts zu verschweigen. Sie sind sich offen wie Karten nach dem Spiel. Der Einsatz: „Das Leben ist schön, Marie. Und ich hab dich gern, Marie. Und du gehörst mir, Marie, mir ganz allein!" Und Marie lacht, lacht ihm zu. Glücklich und zufrieden.

Es ist Polizeistunde. Man räumt. Verwirrt sieht Marie auf. So spät ist es schon? Ihre Augen glänzen metallisch, sie preßt die Hand auf die Stirn, heiß ist's dort; ihre Backen glühen. Sie schwankt. Auch Fritz schwankt unsicher — er spürt den Wein und die Liköre. Aber draußen auf der Straße gibt sich das. Die frische Luft tut wohl, wenn sie auch nicht ernüchtern kann. Marie ist schweigsames Lächeln, unklares Denken, traumhaftes Schwanken. Sie fächelt sich mit der Lacktasche die kalte Luft auf die heißen Backen. Doch die Glut will nicht verschwinden.

Sie treffen den letzten Omnibus, fahren mit ihm zurück. Ein in Maries Hirn hin und her huschender Gedanke: Omnibus? Ja, damals. Aber damals war sie allein, hilflos, ohne Schutz. Jetzt ist Fritz da. Sie lacht lautlos ihm zu, drückt seine Hand, streichelt über seine Finger, die sich plötzlich und heiß über ihrer Hand schließen.

An der Haustür. Marie will sich verabschieden. Fritz zieht den Abschied immer länger hinaus. Was will er nur? Marie spürt, daß etwas in Fritz rebelliert. Sie ahnt und wird wacher. Sie muß sich hüten, muß auf sich aufpassen. Sie sagt ihm zum letztenmal Gute Nacht, will nun die Tür schließen.

Da klemmt er seinen Fuß zwischen Tür und Schwelle, lacht leise auf. „Marie?" Sie wird jetzt ängstlich, sieht seine glänzenden Augen, spürt seine Hände. Sie will ihn hinausdrängen. Als er seinen Körper jäh vorschiebt, die Tür aufdrängt und im Hausgang steht, will Marie zurück. Die Tür schlägt zu. Fritz hält Marie umarmt und küßt sie hastig, immer und immer wieder. Endlich kommt Marie zur Besinnung.

Diese Angst, daß einer kommen und sie überraschen kann! Händeringend bittet Marie Fritz, zu gehen. Er hört nicht auf sie, lacht nur wieder sein leises Lachen, nimmt ihr plötzlich die Schlüssel aus der Hand und schließt ab. Entsetzt sieht Marie zu. Was soll sie tun? Was! Fritz will nicht gehen! Und dieser entsetzliche Gedanke: Wenn jemand kommt!

(Wird fortgesetzt.)

Bankrott der RGO

Wir verraten wohl unseren Lesern kaum etwas Neues, wenn wir mitteilen, daß der Versuch der Kommunisten, die Gewerkschaften zu spalten, trotz des großen Kraftaufwandes bisher so gut wie erfolglos geblieben ist. Die Anhänger der Spaltung wollen dies zwar nicht wahrhaben. Sie glauben auch heute noch an die angeblichen Erfolge dieser Maulhelden, weil sie sich täuschen lassen und niemals Gelegenheit nehmen, selbst nachzuprüfen und zu einem eigenen Urteil zu kommen. So vertrauensselig wie die deutschen Anhänger der RGO sind ihre russischen Auftraggeber nicht. Diese lassen sich nicht durch die mit „revolutionärem Elan" zusammengestellten Schlagzeilen der kommunistischen Parteipresse täuschen. Sie sehen die Pleite, die trotz der erheblichen finanziellen Zuwendungen unausbleiblich war. Was liegt also näher, den Strategen in Deutschland einmal ganz gehörig die Meinung zu sagen und sie darauf hinzuweisen, daß das aus Rußland kommende Geld nicht dazu da ist, den kommunistischen Bonzen ein gutes Leben zu sichern, sondern nur dazu dienen soll, die Gewerkschaften von innen heraus auszuhöhlen. Also setzte man sich in Moskau hin und schrieb einen Brief (Rote Fahne Nr. 134), dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Gleichzeitig betrachten wir es als unsere Pflicht, zu betonen, daß die nähere Prüfung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bestätigt hat, daß ungeachtet wiederholter Anweisungen der leitenden Organe der RGI über die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeit in den reformistischen und anderen reaktionären Gewerkschaften diese Arbeit seit dem V. RGI-Kongreß **sich nicht nur nicht gesteigert, sondern im Gegenteil sich noch vermindert hat.** Dieser Zustand darf keineswegs länger geduldet werden."

An einer anderen Stelle heißt es:

„Wir haben in Deutschland eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die bisher etwa 250 000 Mitglieder umfaßt, und daneben reformistische und christliche Gewerkschaften, die 5 bis 6 Millionen Mitglieder zählen. Dürfen wir auch nur für einen einzigen Augenblick die ungeheure Rolle vergessen, die diese Millionen spielen?"

Wie im allgemeinen, so sind auch die krampfhaften Versuche der RGO-Leute, innerhalb unserer Organisation Bedeutung zu erlangen, erfolglos geblieben. Zum allergrößten Schmerz der Drahtzieher sind auch die RGO-Konferenzen für unsere Industriegruppen wegen mangelnder Beteiligung ins Wasser gefallen.

•

In gleicher Sache schreibt uns ein Kollege, der von 1919 bis 1930 Mitglied der kommunistischen Partei und der KJV war und ebensolange dem DMV angehört:

In einer Zeit, wo das Unternehmertum in Kartellen, Syndikaten und vielen anderen Organisationen zusammengeschlossen ist, um seine Stoßkraft gegen Verbraucher und Arbeiter zu steigern, gibt es bedauerlicherweise noch revolutionäre Strategen, die die Einheit des Proletariats immer mehr zerreißen, aber in ihrer Agitation die freien Gewerkschaften fortwährend des Arbeiterverrats zeihen. Nach meiner Auffassung begehen diejenigen den größten Arbeiterverrat, die die Arbeiterschaft zersplittern und damit ihre Stoßkraft schwächen. Und dazu gehört die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Noch nie hat die Kommunistische Partei zur Gewerkschaftsfrage eine klare und richtige Stellung eingenommen. Bald hieß es: Heraus aus der Gewerkschaft! Kam eine Neubesetzung der Zentrale, dann hieß es: Hinein, erobert die Gewerkschaften! Kein Kommunist wußte folgedessen mehr, was das Richtige war. Die Beitragsscheuen, die widersinnigen kommunistischen Parolen nutzend, verließen die Gewerkschaft, um später wieder um die Aufnahme zu betteln, was vielleicht bald wieder einsetzen wird. Dann kam die RGO als letzte Rettung. Aber auch dieser Absplitter hat keine Aussicht, eine Massenorganisation zu werden. Jeder Gewerkschafter weiß, daß man so etwas nicht aus dem Boden stampfen kann, vielmehr jahrelange, zähe Arbeit erfordert. Überall, wo die RGO von den Arbeitern erprobt wurde, hat sie die „Feuertaufe" nicht bestanden, vielmehr bewiesen, daß sie Wirtschaftskämpfe nicht mit Erfolg zu führen vermag, sondern immer eine Niederlage nach der anderen hinnehmen mußte.

Viele Anhänger der KPD erhalten ihre Mitgliedschaft im DMV oder anderen Gewerkschaften aufrecht. Warum? Nun, weil sie wissen, wenn sie es auch nicht zugeben, was ihnen die freie Gewerkschaft wert ist, obwohl sie der RGO angehören. Erst dieser Tage kam ich mit einem Kollegen zusammen, der für die RGO agitierte und aufforderte, dem DMV das Mitgliedsbuch hinzuwerfen. **Er selbst aber ist im Verband!** Als ich ihn wegen seines Verhaltens zur Rede stellte, sagte er: „Ja glaubst du, ich lasse mir meine Rechte im DMV verloren gehen?"

Kollegen, merkt ihr was? **Euch können eure Rechte und** Ansprüche verloren gehen, der kommunistische Agitator aber ist darauf bedacht, sie sich zu erhalten! Zieht hieraus die Lehre. Mit 10 oder 20 Pf. „revolutionärem" Beitrag die Woche kann keine Organisation einen Streik führen, höchstens den Streikenden eine Wassersuppe verabreichen. Aber wer da glaubt, daß da die Streikbegeisterung groß ist, wenn der Arbeiter nichts im Magen hat, der ist zum mindesten krank.

Wir befinden uns „in der Periode des Imperialismus und der Herrschaft des Trustkapitals" sagen die Kommunisten. Die mächtigen Kapitalsorganisationen haben sich zusammengeschlossen zur völligen Beherrschung der Wirtschaft und sie verstehen es, ihre Stellung zu verteidigen. Leider wollen die Leute von der RGO nicht einsehen, daß sie mit ihrer Arbeit die Stellung der Unternehmer stärken und den Leidensweg des Proletariats verlängern. Mit dem Flugsand oder den ewig Indifferenten, die die RGO aufgenommen hat, wird sie ebenso Schiffbruch erleiden, wie in den Jahren vorher, wo es einmal „raus" und dann „rein" in die Gewerkschaften hieß. Daher ist jeder Arbeiter verpflichtet, dafür zu sorgen, daß in einer Zeit der Senkung und Entwürdigung des Kapitalismus der stärkste Schutzwall der deutschen Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften, erhalten bleiben.

Th. Z.

Ausschuß in der Gießerei

„Vorschuß, Ausschuß, Sackhauen!" — Welcher ältere Former kennt diese Regel nicht? Und wer von den Alten hätte sie in besseren Zeiten nicht in die Tat umgesetzt? Es mußte nicht gerade ein sogenannter Stümper sein, wenn ihn dieses Los traf, zumal wenn er in einer fremden Bude anfing, den Sand und die Arbeitsverhältnisse noch nicht kannte. Bequem war es einmal doch, und die Kollegen wußten sich leicht aus der schwierigsten Situation zu helfen. Bei Vorschuß brauchte man ja bloß den „Alten" anzuhauen, der Ausschuß kam von selbst und das „Sackhauen" unmittelbar hinterher. Heute liegt die Sache jedoch etwas anders, und von allem ist uns Formern nur der unvermeidliche Ausschuß übrig geblieben.

Wer von uns hat noch keinen gemacht? Und wer kennt nicht den Ärger und Verdruß, der daraus entsteht? Tage, oft Wochen arbeitet man an einem Stück, setzt sein bestes Wissen und Können daran, und gießt es endlich, nach einer Hetzjagd im Zurichten, ab. Es wird ausgeleert und ist — kaputt. Hin und her wird disputiert, der eine vermutet dies, der andere das; alles Mögliche und Unmögliche wird angenommen, doch der Sache auf den Grund geht man häufig nicht. Der Former fängt wieder von vorn an! Aber wie oft kommt es nun vor, daß derselbe Fehler sich wieder zeigt! In 90 von 100 Fällen bleibt die Schuld aber an ihm hängen, wenn er nicht in der Lage ist, die Ursache einwandfrei nachzuweisen und abzustellen. Dies wird ihm aber sehr oft schwer fallen, wenn die Ursache nicht ausnahmsweise in offensichtlichem Selbstverschulden legt. Das ist ja bei unserer heutigen Akkordraserei und Treiberei auch nichts seltenes. Häufiger liegt die Sache jedoch am Material, besonders am Eisen. Gerade aus einer falschen Gattierung entstehen nicht selten die kompliziertesten Arten von „Murks". Der gerissene Meister oder Betriebsleiter wird für jeden Mangel eine Ausrede finden, um sich von Schuld freizusprechen.

Ich bin fest überzeugt, daß gerade in dieser Hinsicht fast in jeder Gießerei schwer gesündigt wird, zumal in den wenigsten Fällen der Former im Gattierungswesen unterrichtet ist und sich daher auch nicht recht verteidigen kann. Auch ich habe hierin böse Erfahrungen gemacht: In einer größeren Gießerei gab es Schwungscheiben zu gießen, die von beiden Seiten blank bearbeitet wurden. Ein Kollege bekam sie in Arbeit, und sie wurden Ausschuß. Es hieß damals „voller Dreck", und man konnte es glauben oder nicht. Die nächsten wurden nicht besser, obwohl es jeder mal probieren durfte. Alle möglichen Gieß- und Formmethoden kamen in Anwendung, aber immer und immer wieder dasselbe. Die Schuld konnte man ja auch hier leicht dem Former zuschieben. Er bekam daher auch nur 50 vH dafür bezahlt. Ein halbes Jahr ging es schon bald so zu: Sobald der Dreher die Scheibe aufspannte und einen Span abgenommen hatte, zeigte sich der sogenannte „Dreck". Der Bruchhaufen war inzwischen so weit angewachsen, daß man endlich die Sache einstellte. Die Gattierungen wurden nachgeprüft und es zeigte sich, daß sie einen viel zu hohen Kohlenstoffgehalt hatten, dessen Folgen sich in Form von graphitischen Ausscheidungen als schwarze Nester zeigten. Der Satz wurde nun umgestellt, und es gab nun nur noch höchst selten Ausschuß. Die Scheiben waren mit einemmal spiegelblank. Außerdem konnte man mit dem betreffenden Roheisen um 25 vH zurückgehen und an dessen Stelle weit billigeren Bruch verwerten.

Ähnliche Beobachtungen machte ich auch in anderen Gießereien. Meiner Ansicht nach wäre es Sache der Berufsfortbildungsschule, den Formerlehrling weitgehendst auf diesem Gebiet zu unterrichten, und nicht, wie es üblich ist, ihn theoretisch als Stiefkind zu behandeln, damit ihm später Ärger und Verdruß erspart bleiben.

Karl Pfeiffer.

Der Verbandstag der Eisenbahner

In Hamburg fand Ende Juni die Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands statt. Der Verbandsvorsitzende **Scheffel** erstattete den **Geschäftsbericht**. Für die Eisenbahner wurde während der Berichtszeit vieles erreicht; die Wirkungen der Krise haben jedoch auch bei ihnen zu starken Rückschlägen geführt. Trotzdem konnte der Verband seine Stellung bei der Reichsbahn voll behaupten. Auch in finanzieller Beziehung ist der Verband gut gerüstet. Trotzdem die Ansprüche an die Kasse in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind, konnte das Verbandsvermögen von 3 083 997 RM im Jahre 1928 auf 5 678 459 RM im Jahre 1930 gesteigert werden. Hierzu kommt noch ein Vermögen in den Ortskassen des Verbandes, das am 31. Dezember 1930 1 126 642 RM betrug.

In der **Aussprache** wurde allgemein die Tätigkeit des Verbandsvorstandes anerkannt. Scharfe Kritik wurde an der Personalpolitik der Reichsbahn geübt. Der Verbandstag verlangte die Beseitigung der jetzigen Zustände, wonach ein Teil der Reichsbahnarbeiter und die Beamten Arbeitszeiten bis 57 Stunden in der Woche leisten müssen, während einem anderen Teil der Arbeiter Kurzarbeit zugemutet wird. Bei der **Neuwahl des Vorstandes** wurde in geheimer Abstimmung der bisherige Vorstand größtenteils einstimmig wiedergewählt.

Rationalisieren

Dreißig Jahre arbeitet Fritz Martens schon auf der Werft und an der großen Eisenschere. Dreißig Jahre ist es Tag für Tag immer dieselbe Arbeit. Schlosser kommen mit großen Eisenplatten herbei, auf denen Linien, Quadrate, Recht- und Dreiecke aufgezeichnet sind, die er ausschneiden muß.

Oft verracken die Schlosser mit ihrem Akkord. Dann werden sie nervös und versuchen, in Hetzarbeit noch mehr aus sich herauszuholen. Sie wühlen wie die Blödsinnigen und lassen jede Vorsicht außer acht. Sie schimpfen, wenn es an der großen Eisenschere nicht schnell genug geht: „Fritz, hau rein, wir haben kein Geld mehr!"

„Dein größter Schatz ist deine Gesundheit", antwortet Fritz, und jedesmal, ehe er den Hebel herumwirft, durch den er die Schere in Bewegung setzt, prüft er noch mal schnell, ob alle Vorsichtsmaßregeln beachtet werden.

„Hände weg!", warnt er, und dann wirft er den Hebel herum. Das Fallstück fällt herunter und hält die Platte fest. Darauf senkt sich das Messer und teilt die Eisenplatte.

•

Der Ingenieur geht durch den Betrieb und blickt forschend umher. Der Meister eilt zu ihm und grüßt unterwürfig. Die beiden gehen durch den langgestreckten Raum. Bei der großen Eisenschere bleibt der Ingenieur stehen: „Wir müssen rationieren, noch mehr sparen. Was ist denn das für ein Alter da?"

„Der alte Martens bedient die Schere."

„Das sind hier doch alles gelernte Leute, die müssen allein fertig werden."

Der Meister will noch was sagen, aber der Ingenieur achtet nicht darauf und geht weiter. Damit ist des alten Arbeiters Schicksal besiegelt.

•

Eine Stunde vor Feierabend kommt der Meister zu Martens und teilt ihm mit, daß er heute entlassen wird. Fritz schaut ganz verdattert den Sprecher an. Dreißig Jahre hat er hier gearbeitet, er ist hier alt geworden, und jetzt soll er entlassen werden? Nur langsam kann er den Sinn der Mitteilung des Meisters begreifen.

„Entlassen — arbeitslos — zu den Millionen — Hungerrente — — nee, dat mach ich nich mit", murmelt Martens in sich hinein.

•

Es ist Feierabend geworden. Die alten Kollegen kommen und versuchen, ihn zu trösten: „Wer weiß, Fritz, wie lange wir selbst noch hier bleiben; vielleicht sehen wir uns auf dem Arbeitsamt wieder?" Dann gehen sie, einer nach dem andern. Fritz Martens ist bald ganz allein in der Werkstatt, in der es jetzt ganz still ist. Er betrachtet, in sich versunken, die Maschine, die ihm in den langen Jahren ans Herz gewachsen ist. Für ihn ist sie kein toter Gegenstand, kein kaltes Eisen; ihm ist sie ein Kamerad, mit dem er fast ein ganzes Leben lang gekämpft hat.

„Was machen Sie denn noch hier?" fragt plötzlich eine Stimme hinter ihm. Fritz schreckt auf, dreht sich um und sieht einen Feuerwehrmann vor sich, der Wache hat und seine Runde macht. Der Alte begreift, daß er jetzt gehen muß, gehen für immer.

„Entlassen — arbeitslos — zu den Millionen — Hungerrente — nee, dat mach ich nich mit", murmelte er wieder und verläßt schleppenden Schrittes den Raum. Er kommt ans Wasser und starrt mit verwirrtem Blick hinein. Er geht zu einer tiefen Stelle und — ward von da an nicht mehr gesehen.

•

Die Kollegen stehen in Gruppen beieinander und sprechen von Fritz Martens. Da erscheint der Ingenieur. Die Leute spritzen an ihre Arbeit. Die an der großen Eisenschere schimpfen. Sie können mit dem Akkord nicht auskommen und müssen jetzt noch ärger schuften, weil Fritz Martens nicht mehr da is'. Sie wühlen und schinden und lassen alle Vorsicht außer acht. Plötzlich ertönt ein gräßlicher Schrei. Ein junger Schlosser zieht seine blutige Hand unter dem Fallstück hervor und fällt in Ohnmacht.

R. K.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem **19. Juli**, ist der **30. Wochenbeitra[g]** für die Zeit vom **19. Juli** bis **25. Juli 1931** fällig.

•

Vom Vorstand unseres belgischen Bruderverbandes erhielte[n] wir die Mitteilung, daß jede Woche eine Anzahl Mitglieder d[es] Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nach Brüssel kommt, u[m] dort Arbeit zu suchen. Da in der gegenwärtigen Krisenze[it] eine starke Arbeitslosigkeit auch in der belgischen Metal[l]industrie zu verzeichnen ist, ist es der belgischen Organisatio[n] unmöglich, den deutschen Kollegen Arbeit zu vermitteln. D[er] Vorstand der belgischen Organisation bittet uns deshal[b] unseren Mitgliedern mitzuteilen, daß sie **eine Reise nac[h] Brüssel bzw. Belgien unterlassen sollen, d[a] ihnen weder Arbeit nachgewiesen noch Fahr[t]geld für die Rückbeförderung nach Deutsch[]land ausgehändigt werden kann.**

•

Der Vorstand des Holländischen Metallarbeiter-Verbande[s] Amsterdam bittet uns, unsere Mitglieder davon zu unterrichte[n], daß in Holland die Arbeitslosigkeit in den letzten Monate[n] ganz außerordentlich zugenommen hat. Es sei deshalb nicht d[ie] geringste Aussicht für ausländische Kollegen, in Holland Arbe[it] zu bekommen. Die holländische Bruderorganisation kann künft[ig] Reiseunterstützung an die zureisenden deutschen Kollege[n] nicht mehr zahlen.

Wir raten unseren Mitgliedern dringend, diese Warnung z[u] beachten.

•

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 5 361 438, lautend auf den Hilfsarbeite[r] Adolf Pfeiffer, geb. am 19. Oktober 1907 zu Waiblingen (Waiblingen).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstan[d]

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse
der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)
Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Juni 193[1]

Krankenkasse:

Einnahmen	60 118,96 M
Ausgaben	58 441,15 „
Mehreinnahmen	1 677,81 „
Kassenbestand am 1. Juni 1931	1 902 523,58 „
Kassenbestand am 30. Juni 1931	1 904 201,39 „

Sterbekasse:

Einnahmen	33 892,52 M
Ausgaben	22 654,96 „
Mehreinnahmen	11 237,56 „
Kassenbestand am 1. Juni 1931	1 662 820,46 „
Kassenbestand am 30. Juni 1931	1 674 058,02 „

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie i[m] Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metall[]arbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen d[er] Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer gute[n] Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflicht[]kassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zu[]schußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 vo[n] Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Ver[]waltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich er[]strecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstelle[n] jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothe[n]baumchaussee 20."

Hamburg, im Juli 1931 **Der Vorstand**

Deutsch-französische Zusammenarbeit

Von Charles Klein, Mülhausen (Sekretär des Französischen Metallarbeiter-Verbandes)

Was Genosse Steiner-Julien in seinem Aufsatz: „Ein deutsch-französisches Problem" (Nr. 26 der „MZ") ausführt, bildet schon seit Jahren die Metallarbeiter-Verbände von Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg. Und ihr Tun hat auch schon zu praktischen Ergebnissen geführt. Seit 1928 besteht ein Sekretariat in Lothringen, dessen Aufgabe es ist, die Leute der Schwereisenindustrie von Lothringen zu organisieren. Zwei Jahre später hat dort der Internationale Gewerkschaftsbund gleichfalls zwei Sekretariate eingerichtet, eins für die Metallarbeiter, das andere für die Bergleute. Die Notwendigkeit dieser Einrichtungen wird aus folgendem klar:

In den Berg- und Hüttenwerken von Lothringen und Longwy-Briey sind rund 200 000 Leute beschäftigt, die sich aus fast allen Ländern der Welt zusammensetzen. Da sie ohne gewerkschaftlichen Zusammenhang sind, stellen sie für die Arbeiterschaft eine internationale Gefahr dar, der gegenüber sich die organisierten Arbeiter nicht länger teilnahmslos verhalten konnten. Nach Überwindung großer Hemmnisse gelang es uns zunächst, den Versammlungsterror der Kommunisten, die hier gute Handlanger des Kapitals und verschiedener Regierungsstellen sind, zu brechen. Dank dieses Erfolges vermochten wir mit unserer Organisation, die in den Jahren 1922 bis 1928 von den Kommunisten vollständig zerschlagen worden war, wieder festen Fuß zu fassen. Die Mitgliedschaft der kommunistischen Organisation, die im August 1928 von den hier beschäftigten 40 000 Leuten noch 403 betrug, ist nunmehr auf 234 gesunken.

Anders sind die Verhältnisse im Becken Briey-Longwy, das über 100 000 Metall- und Bergarbeiter beschäftigt und dessen Gemisch ein vielfarbigeres Bild und der betr. Organisation noch mannigfaltigere Schwierigkeiten bietet. Diese Werke sind zu mehr als 70 vH mit ausländischen Arbeitern besetzt, unter welchen die Polen und Italiener den Hauptteil der 22 vorhandenen Nationen stellen. Während noch in Lothringen 1,3 vH deutsche Arbeiter vorhanden, finden wir in Briey-Longwy keine. Obwohl die Unternehmer von der Vorkriegszeit her die deutsche Arbeitskraft sehr zu schätzen wissen, ziehen sie es bis heute vor, an alle Nationen zu appellieren, nur nicht an die deutsche.

Bis zum Frühjahr 1930 hat man sehr wenig deutschen Arbeitern erlaubt, in Frankreich Arbeit zu nehmen. Eine Ausnahme wurde bloß bei den auf das Reparationskonto auszuführenden Arbeiten gemacht. Eine Ausnahme machten noch die Unternehmen in Lothringen und dem Unterelsaß, die schon vor dem Kriege aus den Grenzgebieten einen Teil ihrer Leute bezogen.

Es bestand ein gewisser Vertrag, der die Einwanderung deutscher Arbeiter auf ein Mindestmaß beschränkte. Der Grund dieser Beschränkung war ein politischer, denn er bestand auch Österreich gegenüber.

Diese einschränkenden Bestimmungen fielen zuerst gegenüber Österreich unter dem Druck des großen Mangels an Spezialarbeitern in der Metallindustrie, die man weder im Lande, noch unter den anderen bisher von der Einwanderung begünstigten Nationen fand.

Im Monat März unternahmen wir dann im Verein mit Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einen Vorstoß in Straßburg und ich persönlich in Paris, um die Gründe zu erfahren, die es nicht erlaubten, eine größere Zahl deutscher Metallarbeiter in Frankreich zu beschäftigen. Die Aussprachen mit verschiedenen maßgebenden Stellen ergaben, daß ein Vorurteil vorherrschte, und man glaubte mehr der chauvinistischen Strömung als den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen zu müssen. Dank dieser Aussprache ist es sichtbar besser geworden mit der Einwanderung deutscher Metallarbeiter, jedoch der größte Teil kam in die Betriebe von Elsaß und Lothringen, selten in das Innere Frankreichs.

Heute sind annähernd 2000 deutsche Metallarbeiter in Elsaß-Lothringen beschäftigt und ungefähr 500 in den anderen Gebieten Frankreichs.

Nun zum Organisationsverhältnis. Schon seit Jahren, und nach der Gründung des Propagandasekretariats in Lothringen erst recht, bestehen die besten Beziehungen zwischen dem deutschen und französischen Metallarbeiter-Verband. Die Anfragen über Arbeitsgelegenheiten, Lohn- und Arbeitsbedingungen in Frankreich werden direkt oder indirekt von dem Propagandasekretariat beantwortet, so daß eine regelrechte Verbindung besteht, die auch erlaubt, die bei uns in Arbeit tretenden deutschen Metallarbeiter sofort unserer Organisation anzuschließen. Die in Elsaß-Lothringen übertretenden Mitglieder zahlen Wochenbeiträge in Höhe von 3 und 4 Francs die Woche, und genießen alle Unterstützungen, mit Ausnahme der Alters- und Invalidenversicherung, die wir noch nicht eingeführt haben.

Die in Elsaß-Lothringen wie im Innern Frankreichs geleisteten Beiträge werden voll, als wie in Deutschland bezahlt, angerechnet, so daß keine Nachteile für die deutschen Kollegen entstehen. In dem Gebiet von Elsaß-Lothringen ist auch das Verbandsblatt, der alle zwei Wochen erscheinende „Métallurgiste" in deutscher Sprache gehalten.

Was wohl Genosse Steiner im Auge hat, das ist die Erfassung der Grenzjäger, die wir in Luxemburg, Lothringen und im Unter-Elsaß finden. Das ist jedoch nicht leicht, weil die sogenannten „Frontaliers" aus Gegenden Deutschlands kommen, wo auch der DMV nur geringen Einfluß besitzt.

Inwiefern eine Zuwanderung von deutschen Metall- und Bergarbeitern nach dem Becken von Briey-Longwy ermöglicht werden kann, ist und bleibt ein Problem solange, als in diesem Gebiete nicht in politischer Beziehung andere Verhältnisse einkehren. Schon wiederholt haben wir dort versucht, an die In- und Ausländer heranzukommen. Wenn es gelang, einen Teil der einheimischen Arbeiterschaft zu organisieren, so machten die Unternehmer stets unsere Arbeit zunichte, indem sie die führenden Personen der Organisation entweder entließen oder zu Vorarbeitern und dergleichen beförderten, dadurch das Vertrauen zerstörten, als sie diese Leute der Arbeiterschaft als gekauft ausschreien ließen.

Ähnlich ging es bei der Organisierung der Polen und Italiener. Alle Versammlungslokale, und manche, wo schon die Einwilligung des Inhabers vorlag, wurden uns in letzter Stunde manchmal vor dem Versammlungsbeginn verweigert, sogar unter Zuhilfenahme der Polizei.

Dieses rührt daher, daß alle Gemeindeverwaltungen dieser Gegend (mit der rühmlichen Ausnahme von Longwy-Haut) in den Händen der Hüttenbarone und den ihnen unterstellten Beamten sind.

Was unsererseits und auf deutscher Seite geschehen muß, ist nicht nur die gegenseitige Fühlungnahme auf Konferenzen, sondern eine viel lebendigere und innigere Verbindung, wie es übrigens schon in den Grenzgebieten begonnen hat, durch Austausch von Rednern. Es ist sehr wertvoll, wenn ein deutscher Redner, wie dies durch den Kameraden Schulenburg geschah, in unseren Versammlungen auftritt und eine lebendige Schilderung der deutschen Verhältnisse gibt; andererseits gewinnen die Versammlungen an Anziehungskraft und sind ein Mittel, sich gegenseitig besser verstehen zu lernen. Einen gleich guten Eindruck habe ich mitgenommen von einer Versammlungsreise, die ich innerhalb der Verwaltungsstelle Karlsruhe unternahm.

Ohne den Austausch von Rednern und der engeren Fühlungnahme das Hauptgewicht beizumessen, stelle ich fest, daß dadurch doch erreicht wird, Mißverständnisse, Vorurteile und Isolierung zu beseitigen, womit die Voraussetzung geschaffen wird zu gemeinsamen Handlungen zugunsten der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und des Völkerfriedens.

Die englische Arbeitslosen-Versicherung

Arbeiterregierung im Kampf um die Sozialpolitik

In Großbritannien bildet die schwere Arbeitslosigkeit genau so wie in Deutschland das Kernproblem aller finanziellen Schwierigkeiten. Im Laufe der letzten Monate hat sich die Lage in England insoweit noch ganz erheblich zugespitzt, als gegen Ende des Winters so gut wie gar keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist. Man muß bei den englischen Erwerbslosenzahlen, die absolut unter den deutschen liegen, berücksichtigen, daß Großbritannien nur eine Bevölkerung von etwa 45 gegenüber fast 63 Millionen in Deutschland hat. Demzufolge entsprechen also 2,6 Millionen Erwerbslose in England einer Arbeitslosigkeit von rund 4 Millionen in Deutschland. Nur unter Berücksichtigung dieser Bevölkerungsunterschiede läßt sich die tatsächlich schwere Belastung des englischen Staates durch die anhaltende Erwerbslosigkeit erfassen.

Was in der englischen Öffentlichkeit in den letzten Monaten besondere Unruhe hervorgerufen hat ist die Tatsache, daß in Deutschland die Entlastung des Arbeitsmarktes seit Mitte März fast immerhin 20 vH betrug, während sich in Großbritannien selbst überhaupt keine Besserung durchsetzen konnte. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes seit Mitte März stellt sich folgendermaßen:

	Deutschland	England
Mitte März . . .	5,0	2,63 Mill. Erwerbslose
Anfang Mai . . .	4,41	2,52 „ „
Mitte Juni . . .	4,0	2,62 „ „

Man sieht, daß in England seit Anfang Mai die Erwerbslosenzahl wieder im Steigen begriffen ist und ein Zuwachs von rund 100 000 neuen Arbeitsuchenden in der Hochsaison des Jahres zu verzeichnen ist. Bei dieser katastrophalen Lage ist die Stellung der Arbeiterregierung, die sich mit einer grundlegenden Reform der Arbeitslosenversicherung zu befassen hat, natürlich bedeutend schwieriger geworden.

Der vor kurzem veröffentlichte Vorbericht der Untersuchungskommission zur Reform der Arbeitslosenversicherung (Gregory-Kommission) ließ deutlich erkennen, welche sozialreaktionären Kräfte auch in England tätig sind, um die ganze Last der Wirtschaftskrise auf die Schultern der Erwerbstätigen abzuwälzen. Die Kommission ging bei ihrer Untersuchung von der Feststellung aus, daß man in England mit einer Arbeitslosigkeit von 2,5 Millionen — also annähernd 4 Millionen in Deutschland — für den Jahresdurchschnitt 1931 rechnen müsse. Bei einer derartigen Erwerbslosigkeit müßte die Versicherung mit einer Jahresausgabe von 1,68 Milliarden Mark rechnen, denen nur 900 Millionen Mark an Einnahmen gegenüberstehen. Da die englische Versicherungsanstalt nur zu einer Kreditaufnahme bis zu 1,8 Milliarden Mark ermächtigt ist und die Verschuldung Ende Mai bereits 1,64 Milliarden betrug, besteht nur noch Bewegungsfreiheit für Anleihen bis zu 160 Millionen Mark. Die Kommission hat nun zur Sanierung Vorschläge gemacht, wie sie jedem deutschen Arbeiter und Erwerbslosen nur zu gut bekannt sind. Man möchte glauben, daß die Vertreter des deutschen Reichsarbeitsministerium und die englischen Sachverständigen an einem Tisch gesessen haben. Die Kommission schlägt vor: 1. Begrenzung der Unterstützungsfristen bis auf 26 Wochen, wodurch jedoch keine tatsächlichen Ersparnisse gemacht werden, da sich in dem entsprechenden Maße die englischen Staatszuschüsse für die Krisenfürsorge erhöhen müßten, 2. kräftige Heraufsetzung der Beiträge des Arbeiters von 56 auf 72 Pf. die Woche — eine Lohnklassenstaffelung kennt die englische Versicherung nicht —, dagegen eine geringere Steigerung der Unternehmerbeiträge, nämlich von 64 auf 72 Pf., und 3. Kürzung der Unterstützungssätze, die ebenfalls einheitlich und nicht nach Lohnklassen gezahlt werden, im Durchschnitt um rund 10 vH.

Diese Vorschläge haben bei den Gewerkschaften natürlich schärfsten Widerstand hervorgerufen, und der Generalrat der Gewerkschaften hat der Regierung ein Gegenprojekt vorgelegt, das sogar 25 vH höhere Unterstützungen vorsah und die Aufbringung der gesamten Unterstützungssummen durch den Staat forderte. Zur Durchführung dieses Planes sollten Sonderzuschläge zur Einkommensteuer festgesetzt werden.

Der Vorschlag der Gregory-Kommission wurde angesichts des scharfen Widerstands der Gewerkschaften von der Arbeiterregierung abgelehnt; der Plan der Gewerkschaften scheiterte an den Einwänden des Schatzamtes. Das Kabinett MacDonald hat sich jetzt entschlossen, eine eng begrenzte Reform in den nächsten Tagen vor das Parlament zu bringen. Die Reformvorschläge der Regierung zielen im wesentlichen darauf ab, offenkundige Mißstände zu beseitigen. Ein zu diesem Zweck ernannter Beirat soll für bestimmte Arbeitergruppen und Personenkreise Sonderklauseln bei den Unterstützungsansprüchen festsetzen können. Auch die Saisonarbeiter sollen unter diese Sonderregelung fallen.

Das Defizit der Versicherung wird aber durch diese Teilreformen nicht aus der Welt geschafft. Es dürfte bereits dicht an 1 Milliarde herangekommen sein. Die endgültige Sanierung der Arbeitslosenversicherung wird also auch die englische Arbeiterregierung noch vor schwere politische und finanzielle Entscheidungen stellen.

Die Autoindustrie in der Krise

Die scharfen Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Automobilindustrie in allen wichtigen Produktionsländern der Welt werden in einem Bericht des amerikanischen Handelsamtes zahlenmäßig nachgewiesen. Das Amt hat auf Grund der in den 17 bedeutendsten Produktionsländern eingeholten Informationen berechnet, daß die Automobilerzeugung der Welt im vergangenen Jahre eine Abnahme um 34,6 vH auf 4 109 231 Wagen erfahren hat gegenüber einer Produktion von 6 277 451 Wagen im Rekordjahr 1929, von 5 203 139 Wagen 1928 und von 4 153 966 Stück 1927.

	1929	1930
Vereinigte Staaten . .	5 358 420	3 355 986
Großbritannien . . .	233 925	235 676
Frankreich	248 000	221 950
Kanada	263 295	154 192
Deutschland	80 500	70 044
Italien	54 100	36 532
Tschechoslowakei . .	14 740	16 840
Belgien	7 000	4 700
Rußland	1 706	4 425
Spanien	450	4 425
Österreich	9 110	3 200
Schweden	1 759	2 400
Schweiz	3 000	1 000

Die drastischen Produktionseinschränkungen der Automobilindustrien der meisten Länder sin, absolut betrachtet, überwiegend auf den Absatzrückgang an den einheimischen Märkten zurückzuführen. Prozentual sind dagegen für die Produktionseinschränkungen in noch stärkerem Maße die hauptsächlich durch den Sturz der Rohstoffpreise im Export nach den nichtproduzierenden Ländern verursachten Rückschläge verantwortlich zu machen. Das Washingtoner Handelsministerium hat berechnet, daß die gesamte Automobilausfuhr der zwölf wichtigsten Exportländer im letzten Jahre gegenüber 1929 um mehr als die Hälfte von 767 955 auf 373 731 Wagen gesunken ist, während die Produktion dieser Länder bekanntlich nur um etwa ein Drittel eingeschränkt wurde. Die Entwicklung der Automobilausfuhr der einzelnen Länder zeigt folgendes Bild:

	1929	1930
Vereinigte Staaten . . .	536 207	237 630
Kanada	101 721	44 553
Frankreich	49 025	31 153
Großbritannien	42 321	29 819
Italien	23 689	20 635
Deutschland	7 784	5 665
Tschechoslowakei . . .	1 389	1 494
Österreich	2 858	1 474
Belgien	2 723	933
Schweiz	173	160
Spanien	65	60

In einer Erläuterung dieser Zahlen stellt das Handelsamt fest, daß die Automobilindustrie im letzten Jahre ihre Produktion im allgemeinen erheblich stärker gedrosselt hat, als es die Absatzentwicklung erfordert hätte. Infolgedessen konnten die Läger der Industrie und der Händler an unverkauften Wagen im Laufe des vergangenen Jahres stark geräumt werden, so daß die Automobilindustrie eine eintretende Absatzbelebung sofort zu spüren bekommen würde. Eine weitere Gesundungserscheinung in der Automobilindustrie ist in der durch die Absatzkrise erzwungenen Rückbildung des teilweise zweifellos überorganisierten Verteilungsapparates zu erblicken.

Die ausländischen Arbeiter in Rußland

Das Problem der Behandlung der in der Sowjetindustrie und in anderen Zweigen der russischen Volkswirtschaft beschäftigten ausländischen Ingenieure, Techniker und Arbeiter wird in der Sowjetpresse nach wie vor eingehend behandelt. Der „Trud" (vom 30. Juni) widmet dieser Frage einen längeren Artikel. Das Blatt weist darauf hin, daß ausländische Fachleute, vom Ingenieur bis zum Arbeiter, immer stärker zur Mitarbeit in der Sowjetindustrie herangezogen werden. Es gäbe heute keinen einzigen großindustriellen Neubau, bei dem nicht Ausländer beschäftigt wären. Die Zahl der ausländischen Ingenieure, Techniker und Arbeiter, die in den großen Fabriken der Sowjetunion tätig seien, sei im Wachsen begriffen. Die Anwerbung und Verwendung der Ausländer erfolge jedoch nach wie vor planlos. Die Fabriken, die ausländische Fachleute zugewiesen erhalten, wüßten vielfach nicht, was sie mit ihnen anfangen sollen, während Betriebe, die tatsächlich Ausländer benötigen, keine ausländischen Fachleute erhalten. Die russischen Betriebsleitungen hätten es noch immer nicht verstanden, die Ausländer und deren Erfahrungen produktiv zu verwenden. Der ausländische Fachmann sei an seiner Arbeitsstelle zumeist isoliert. Die Einbeziehung der ausländischen Arbeiter in das öffentliche Leben der Sowjetarbeiter erfolge in keineswegs ausreichendem Maße. Die Ausländer fühlen sich vielfach wie unerwünschte Gäste.

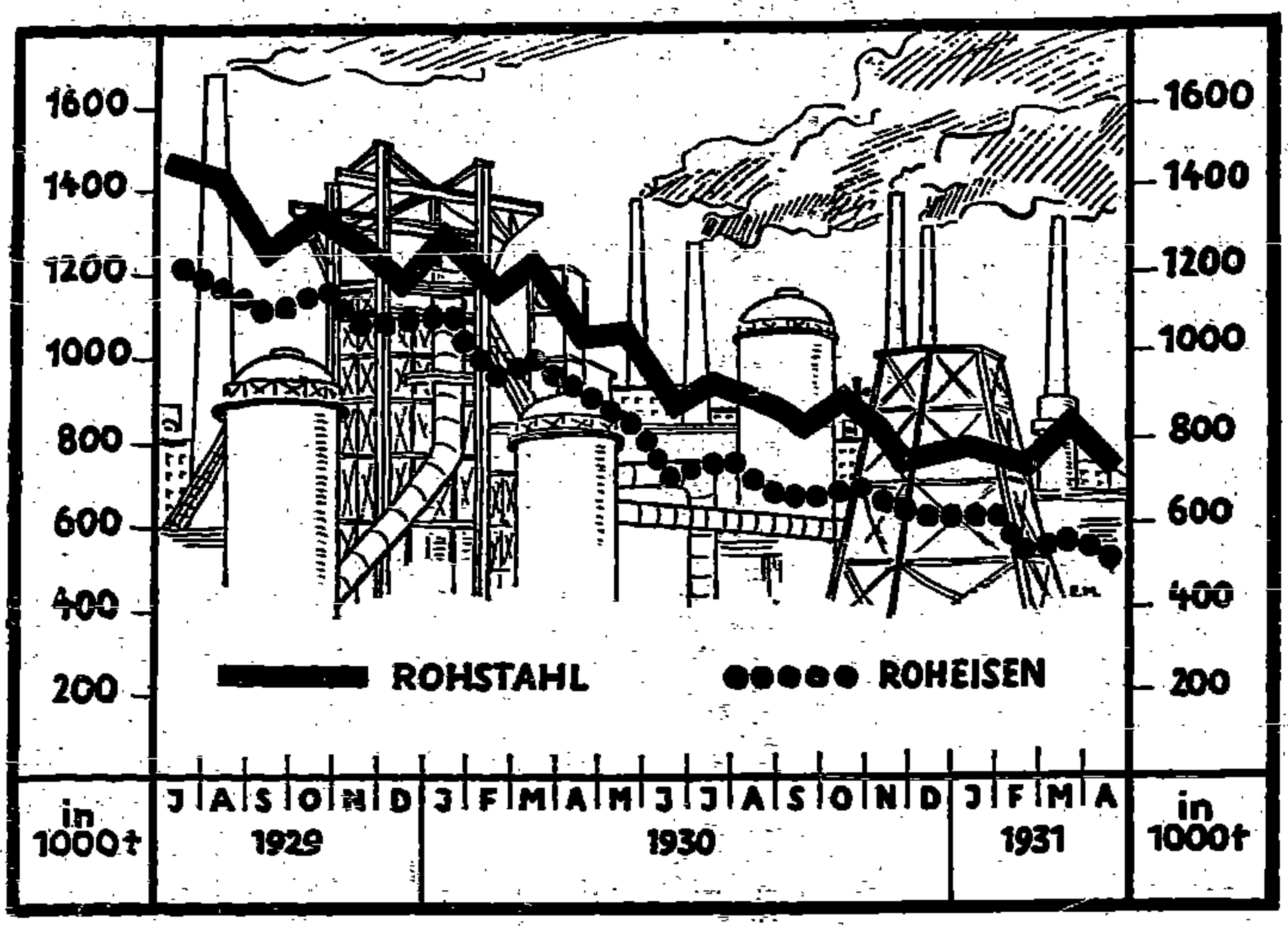
Mindestens 100 ausländische Arbeiter seien gegenwärtig auf dem Lokomotivwerk in Charkow beschäftigt. Die Betriebszeitung des Werkes habe jedoch seit einem Monat nicht ein Wort den ausländischen Arbeitern gewidmet. Auch die anderen Betriebszeitungen derjenigen Werke, die ausländische Arbeiter beschäftigen, übergehen die damit zusammenhängenden Probleme und Schwierigkeiten mit Schweigen.

In der Nummer der Betriebszeitung der Fabrik „Elektrosawod" vom 13. Juni schreibt ein deutscher Arbeiter, der in dieser Fabrik beschäftigt ist, Erich Schmidt, über die nachlässige Behandlung und Verwendung der ausländischen Arbeiter. Er schreibt: „In bezug auf die Verwirklichung unserer Vorschläge sind Unverständnis und Nachlässigkeit zu verzeichnen. Mein Vorschlag liegt bereits seit vier Wochen der Betriebsleitung vor, ohne daß ich eine Antwort bekommen hätte." Die Betriebsleitung hat auf diesen Artikel überhaupt nicht reagiert. Der „Trud" weist darauf hin, daß Hunderte von neuen ausländischen Ingenieuren, Technikern und Arbeitern, darunter vor allem Deutsche, neu angeworben worden sind, und verlangt, daß die nachlässige Behandlung der Ausländer in der Sowjetunion endlich beseitigt wird.

Einschneidende Änderungen in der Arbeitslosenversicherung

Am 29. Juni sind die Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni über die Änderungen der Arbeitslosenhilfe in Kraft getreten. Durch diese Bestimmungen sollen in der Arbeitslosenversicherung im laufenden Rechnungsjahr 400 Millionen Mark eingespart werden. Besonders einschneidend ist die Bestimmung, daß künftig jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren nur noch unterstützt werden, wenn ihnen kein Unterhaltungsanspruch gegen Verwandte, insbesondere gegen Eltern, zusteht.

Eine ähnliche Bestimmung ist für die verheirateten Frauen geschaffen. Auch sie haben einen Unterstützungsanspruch nur, soweit sie bedürftig sind. Dabei findet ebenfalls eine Anrechnung des Einkommens der unterhaltungspflichtigen Angehörigen, insbesondere des Ehemannes, statt. Die Anrechnung ist dieselbe wie bei den Jugendlichen, nur kann hier eine Erhöhung des freibleibenden Betrages aus Billigkeitsgründen nicht stattfinden, weil die Sätze im Gesetz festgelegt sind. Auch wird hier im Gegensatz zu den Jugendlichen auch das Einkommen der Frau selbst, z. B. aus Grundbesitz, auf die Unterstützung angerechnet, soweit es 20 vH ihres Unterstützungssatzes übersteigt.



Ein Blick auf die beiden Kurven zeigt, wie die deutsche Rohstahl- und Roheisenproduktion während der Krise zurückgegangen ist. Während im Monat Juli 1929 noch 1 465 000 Tonnen Rohstahl und 1 204 000 Tonnen Roheisen erzeugt wurden, betrug die Rohstahlerzeugung im Monat April 1931 nur noch 743 000 und die Roheisenerzeugung 529 000 Tonnen. Im Jahre 1930 wurden 11 539 000 Tonnen Rohstahl und 9 695 000 Tonnen Roheisen erzeugt, gegen 16 063 000 Tonnen Rohstahl und 13 240 000 Tonnen Roheisen im Jahre 1929. Es sind demnach im Jahre 1930 rund 4 524 000 Tonnen Rohstahl und 3 545 000 Tonnen Roheisen **weniger** erzeugt worden, als im Jahre vorher. Von den Ende März 1931 vorhandenen 160 Hochöfen waren nur noch 56 in vollem Betrieb.

Verschärft sind allgemein die Voraussetzungen der Arbeitslosigkeit. Die Notverordnung führt zum erstenmal den Begriff der Teilarbeitslosigkeit ein, die dort angenommen werden kann, wo ein Arbeitsloser oder einer seiner unterhaltungspflichtigen Angehörigen einen Betrieb, z. B. eine Landstelle besitzt, aus dem er einen Teil seines Lebensbedarfs durch eigene Arbeit erwerben kann. In einem solchen Falle wird künftig auch nur eine Teilunterstützung gewährt, die nach der Größe und der Ertragsfähigkeit des Betriebes gestaffelt wird.

Erhöht sind auch die Anforderungen, die an den Arbeitswillen gestellt werden, und verschärft die Folgen eines selbstverschuldeten Verlustes der Arbeitsstelle. Bisher konnte ein Arbeitsloser im allgemeinen in den ersten neun Wochen der Arbeitslosigkeit eine berufsfremde Arbeit mit der Begründung ablehnen, sie entspreche nicht seiner Vorbildung oder früheren Tätigkeit. Dieser Einwand ist künftig nicht mehr zulässig. Er kann die Arbeit nur noch ablehnen, wenn sie ihm mit Rücksicht auf sein späteres Fortkommen nicht zugemutet werden kann; andernfalls wird ihm die Unterstützung auf sechs Wochen entzogen. Natürlich wird die Arbeitsvermittlung auch in Zukunft in erster Linie bestrebt sein, einen Arbeitslosen im erlernten Beruf zu vermitteln.

Bisher waren die Tatbestände, in denen eine Unterstützungssperre erf'en konnte, im Gesetz genau umgrenzt. Jetzt trit' ne allgemeine Klausel hinzu, nach der die Sperre zu.ässig ist, wenn sich aus bestimmten, im Gesetz nicht näher aufgeführten Tatsachen ergibt, daß der Arbeitslose arbeitsunwillig oder durch eigenes Verschulden arbeitslos ist. Endlich kann zur Prüfung des Arbeitswillens jetzt auch volljährigen Unterstützungsempfängern auferlegt werden, gegen die Unterstützung und unter Umständen einen gewissen Zuschlag für Mehraufwendungen bis zu insgesamt 48 Stunden in drei Wochen gemeinnützige Arbeit zu verrichten. Die Anordnung solcher sog. **Pflichtarbeit** war bisher nur bei Jugendlichen und bei Krisenunterstützten zulässig.

Eine **Voraussetzung** der Unterstützungsgewährung ist der Ablauf der **Wartezeit**, die der Arbeitslose zunächst nach der Arbeitslosmeldung zurückzulegen hat. Sie betrug bisher je nach dem Familienstand 3—14 Tage. Die Dauer wird jetzt auf 7—21 Tage verlängert. Außerdem tritt eine Verkürzung der Wartezeit nicht mehr ein, wenn die Arbeitslosigkeit sich unmittelbar an zweiwöchige Krankheit, Kurzarbeit oder Haft anschließt, sondern erst, wenn diese Zeiten des Verdienstausfalles mindestens vier Wochen dauern.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung richtet sich nach dem Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose vor der Entlassung bezogen hat. Bisher war das Durchschnittsentgelt der letzten 26 Wochen maßgebend. Durch die Notverordnung ist diese Zeit auf die letzten 13 Wochen verkürzt worden. Dadurch wird einmal das Arbeitsamt von Rechenarbeit und bei wechselnder Beschäftigung der Arbeitslose und der Unternehmer von der Beibringung von Arbeitsbescheinigungen entlastet. Andererseits wirken sich die Lohnsenkungen der letzten Zeit nunmehr stärker auf die Bemessung der Arbeitslosenunterstützung aus. Die dadurch erzielte Ersparnis verstärkt sich noch dadurch, daß Arbeitslosen, die vor der Entlassung kurzgearbeitet haben, **nicht** mehr wie bisher das Arbeitsentgelt wie bei **Voll**arbeit zugrunde gelegt wird, sondern das Entgelt in der tatsächlich abgeleisteten Arbeitszeit, mindestens aber das Entgelt, das bei 40stündiger Arbeit in der Woche erzielt worden wäre.

Noch einschneidender ist die Herabsetzung der sämtlichen Unterstützungssätze in der Arbeitslosenunterstützung und entsprechend auch in der Krisenunterstützung (während in der Kurzarbeiterunterstützung vorläufig keine Herabsetzung eintritt). Diese Kürzung ist verschieden in den verschiedenen Lohnklassen. Sie bewegt sich zwischen rund 14 vH der Hauptunterstützung in der obersten Lohnklasse und rund 7 vH in der untersten Lohnklasse. Nicht gekürzt sind die Familienzuschläge. Da die Höchstsätze, die die Hauptunterstützung zusammen mit den Familienzuschlägen erreichen darf, unverändert geblieben sind, kann künftig in jeder Lohnklasse ein Familienzuschlag mehr gewährt werden als bisher. Das bedeutet eine Erleichterung für kinderreiche Familien. Zu dieser Kürzung der allgemeinen Sätze tritt für Saisonarbeiter eine weitere dreifache Verschlechterung ihrer Bezüge: Erstens erhalten sie künftig nur noch die Sätze der Krisenfürsorge, über die sie bisher in den meisten Lohnklassen hinausgehoben waren. Zweitens tritt diese Herabsetzung nicht wie bisher nur in der Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit im Winter ein, sondern im ganzen Jahr. Endlich wird ihre Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen herabgesetzt. Diese Verkürzung der Bezugsdauer wird bei denjenigen Saisonarbeitern, die ihrem Beruf und ihrem Wohnort nach zur Krisenfürsorge zugelassen sind, allerdings wieder dadurch teilweise ausgeglichen, daß die Höchstdauer der Krisenfürsorge um sechs Wochen verlängert wird, so daß insoweit eine Mehrbelastung der gemeindlichen Wohlfahrtspflege durch diese Maßnahme nicht eintritt.

Eine weitere Verschärfung hat die Anrechnung öffentlicher Renten auf die Unterstützung erfahren. Künftig sind auch Kriegsbeschädigtenrenten, mit Ausnahme der Pflegezulage, der Führerhundzulage und der Zusatzrente auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Von allen Renten bleibt von der Anrechnung nur ein Monatsbetrag von 15 Mark frei (bisher 30 Mark). Endlich wird künftig solchen Arbeitslosen, die anläßlich ihrer Entlassung eine Abfindung oder Entschädigung für besondere Leistungen oder Aufwendungen oder auf Grund des Betriebsrätegesetzes oder des Handelsgesetzbuches eine Entschädigung wegen unberechtigter Kündigung erhalten, die Unterstützung solange nicht gewährt, als diese Abfindung oder Entschädigung, in Lohntage umgerechnet, reicht.

Die geschilderten Kürzungen, mit Ausnahme der im ersten Absatz behandelten, finden auch auf Unterstützungsfälle Anwendung, die beim Inkrafttreten der Notverordnung bereits liefen. Die Empfänger dieser Unterstützungen erhalten bei ihrer nächsten oder übernächsten Zahlung die herabgesetzten Bezüge.

T 11

Josef Witt, Weiden (Opf.)

Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken und eigenem Ausrüstungswerk,

2500 Arbeiter und Angestellte,
31472 Spindeln in eigener Spinnerei,
1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien.

700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!

900 000 Nachbestellungen auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt.

Der natürlichste Beweis der Güte und Billigkeit.

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen.

Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Bei Bestellung von Mk. 15.— an erhalten Sie auf diese Preise **noch 5 Prozent Rabatt.**

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch **eine brauchbare Schlafdecke** mit kleinen unschädlichen Fehlern.

Nr.	Preise per Meter Breite	Mk. Pf.
8	Weißes Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware . . . 70 cm pr. Mtr.	0.20
9	Weißes Hemdentuch, sehr gute, mittelstarkfäd., dicht geschloss. Sorte. 80 cm pr. Mtr.	0.38

Nr.	Preise per Meter Breite	Mk. Pf.
10	Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen mit echt indanthrenfarbigen, schönen Streifmustern 70 cm pr. Mtr.	0.18
11	Handtücher, schwere Strapazier-Qualität . . . . . 40 cm pr. Mtr.	0.28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelfeinfädige, haltbare Sorte 78 cm pr. Mtr.	0.28
13	Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwüstliche Qualität 78 cm pr. Mtr.	0.38
14	Hemdenflanell, gute, haltbare, reißfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift . . . . . 70 cm pr. Mtr.	0.30
15	Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare kräftige Qual., fast unverwüstlich im Gebrauch 75 cm pr. Mtr	0.40
16	Weißes Makotuch, feinfäd., sehr dicht geschlossen, garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Wäschestücke . . . . 80 cm pr. Mtr.	0.50
17	Stuhltuch, auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Bettücher . . . . . 150 cm pr. Mtr.	1.15
18	Frottierhandtücher, aus gut. Kräuselstoff, mit schönen eingewebt. Mustern, Größe 50×100 cm . . . . per Stück	0.70
19	Damentaschentücher, weiß mit Hohlsaum, feinfädige, gute, sehr beliebte Qualität, 30×30 cm per ½ Dutzend	0.70
20	Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45×45 cm, p. ½ Dutzend	0.70
	Ungeheuer vorteilhaft!	
21	Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädige, geschlossene vorzügliche Qual., für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter noch dichter, 80 cm breit. Ausnahmepreis p. Mtr. nur	0.36

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- oder Stückzahl.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an, portofreie Lieferung von Mk. 20.— an.

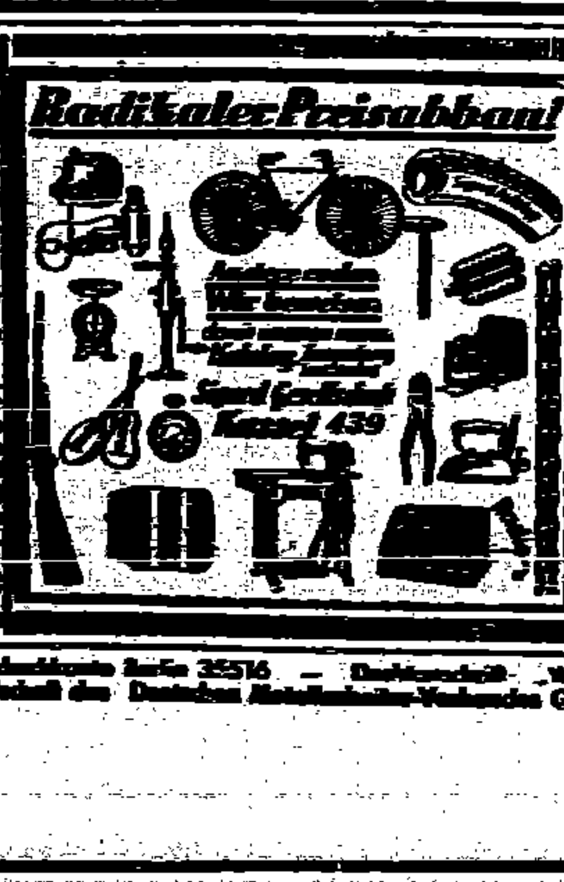
Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückbezahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten außergewöhnlich günstig erhalten haben.

Josef Witt, Weiden 84 Opf.
Webwaren
Fabrikation — Ausrüstung — Versand.

Schöne weiße Zähne

Technische Prüfungen

Radikaler Preisabbau!



Betten

Kugelkäse

Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

Metallarbeiter!

Anzeigenverwaltung: „Werbe", G. m. b. H., Berlin SW 11 — Postscheckkonto Berlin 35516 — „Werbe"-Blätter, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 11
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G. m. b. H. • Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148